

## Dokumentation

KLAUS E. RIESEBERG

### DIE SPD IN DER „LOCARNOKRISE“ OKTOBER/NOVEMBER 1925

Ungeachtet aller „längst bestehenden Zweifel an der These von der stabilen Mittelperiode der Weimarer Republik“<sup>1</sup> ist wiederholt festgestellt worden, daß die kontinuierliche Unterstützung der Außenpolitik Gustav Stresemanns durch die jahrelang in der Opposition verharrende SPD als einer jener Faktoren anzusehen ist, die zur – freilich relativen – Konsolidierung des parlamentarischen Regierungssystems und der politischen Verhältnisse im Deutschland der zwanziger Jahre beitragen<sup>2</sup>. Während wir über spezifische Einflüsse des latenten Bündnisses zwischen den regierenden Mittelparteien und der oppositionellen Sozialdemokratie auf die Gestaltung der Außenpolitik der Republik vor allem infolge der traditionellen Orientierung der Geschichtsschreibung zu außenpolitischen Problemen wenig wissen, sind wir über die innenpolitischen Implikationen dieser recht dauerhaften Allianz besser informiert<sup>3</sup>. Was jedoch speziell die SPD anlangt, so lassen sich wegen der vergleichsweise ungünstigen partei-geschichtlichen Quellenlage für die Zeit ab 1920<sup>4</sup> nur selten die taktischen Schwierigkeiten und innerparteilichen Konflikte, die die Doppelrolle einer „mitregierenden

<sup>1</sup> Vgl. Bernd-Jürgen Wendts Rezension der von Karl-Heinz Minuth bearbeiteten Edition: *Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik*. Hrsg. von Karl Dietrich Erdmann. Die Kabinette Luther I und II, Bd. 1–2, Boppard 1977, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 228 (1979), S. 228–323, Zitat S. 228.

<sup>2</sup> Vgl. bereits Sigmund Neumann, *Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege*, Berlin 1932, S. 26f. Weiterhin u. a. Erdmann, in: Bruno Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*, Bd. 4/1, 9. Aufl., Stuttgart 1973, S. 258; Golo Mann, *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, 12. Aufl., Frankfurt 1977, S. 741; Richard N. Hunt, *German Social Democracy 1918–1933*, 2. Aufl., Chicago 1970, S. 36, geht sicher nicht zu weit mit der Vermutung, daß „without this substantial support from the SPD, Stresemann's success would have been extremely doubtful“.

<sup>3</sup> Vor allem durch Michael Stürmer, *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928*, Düsseldorf 1967. In jüngster Zeit wird den innenpolitischen Voraussetzungen der Weimarer Außenpolitik mehr Aufmerksamkeit zuteil. Vgl. Jürgen C. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978; Karl Heinrich Pohl, *Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924–1926. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt*, Düsseldorf 1979.

<sup>4</sup> Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes gelten als verschollen bzw. vernichtet. Vgl. Erich Matthias/Eberhard Pikart (Bearb.), *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918*, 1. Teil, Düsseldorf 1966. Zur Edition Paul Mayer, *Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. VI/VII (1966), S. 5–198, bes. S. 98, sowie Hagen Schulze (Hrsg.), *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33*, Bonn-Bad Godesberg 1975, Vorwort S. VII–X. Von den Protokollen des Parteiausschusses, die auf Grund der Zusammensetzung dieses Gremiums eine bedeutsame Quelle für die Untersuchung des

Oppositionspartei oder opponierenden Regierungspartei“<sup>5</sup> mit sich brachte, anhand solch aufschlußreicher interner Dokumente illustrieren, wie sie im Verlauf der den Zeitgenossen als „Locarnokrise“ bekannten Auseinandersetzungen um Annahme oder Ablehnung des Westpaktens im Herbst 1925 entstanden sind.

Die nachstehend veröffentlichten Quellen aus mehreren Archiven<sup>6</sup> bekräftigen in ihrem Inhalt einige der Überlegungen hinsichtlich des inneren Zustands der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der Führungsqualitäten ihres Vorstands und der fehlenden Klarheit ihrer politischen Linie, die Hagen Schulze vor einiger Zeit in dieser Zeitschrift vorgetragen hat<sup>7</sup>. Sie weisen jedoch zugleich darauf hin, daß bei der Analyse der Gründe für konkrete koalitionspolitische Entscheidungen der Weimarer SPD die Kompliziertheit der jeweiligen Lage und das sich gegen die SPD richtende Agieren der anderen politischen Kräfte mehr zu berücksichtigen sein dürften, als es in der verbreiteten Kritik an der „mangelnden Koalitionsbereitschaft“ der SPD vielfach geschieht<sup>8</sup>.

Die eigentliche Vorgeschichte der Dokumente beginnt mit den Bestrebungen der Deutschen Volkspartei, nach den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 durch die Einbeziehung der Deutschnationalen in eine Koalition des Bürgerblocks zum einen die beiden Parteien gemeinsamen restaurativen wirtschafts- und finanzpolitischen Zielvorstellungen zu verwirklichen, zum anderen darüber hinaus gleichzeitig eine wirk-same Eindämmung der deutschnationalen Agitation gegen die Außenpolitik Stresse-

---

Meinungsbildes in der Partei darstellen, liegen außer den bei Schulze abgedruckten Exemplaren nur die aus der Anfangszeit der Republik vor. Vgl. jetzt die Edition: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, 2 Bde., Berlin/Bonn 1980. Die Nachlässe einer Reihe bedeutender Parteiführer, etwa die von Rudolf Breitscheid und Otto Wels, sind nicht erhalten. Vgl. Peter Pistorius, Rudolf Breitscheid 1974–1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteigeschichte, Phil. Diss. Nürnberg 1970; Hans J. L. Adolph, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939. Eine politische Biographie, Berlin 1971.

<sup>5</sup> So der damalige Reichswehrminister Otto Geßler in seinen Memoiren: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. v. Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 366.

<sup>6</sup> Herrn Dr. Werner Krause im Archiv der sozialen Demokratie (AdSD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Bundesarchiv Koblenz (BA) und Frau Dr. Gerlinde Grahn im Zentralen Staatsarchiv der DDR (ZStA) in Potsdam danke ich für ihre Hilfe und die Genehmigung zur Veröffentlichung der Dokumente.

<sup>7</sup> Stabilität und Instabilität in der politischen Ordnung von Weimar. Die sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen im Reich und in Preußen 1918–1933, Jg. 26 (1978), S. 419–432.

<sup>8</sup> Vgl. Jürgen Blunck, Der Gedanke der Großen Koalition in den Jahren 1923–1928, Phil. Diss. Kiel 1961; Alfred Kastning, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919–1923, Paderborn 1970; Harry Nowka, Das Machtverhältnis zwischen Partei und Fraktion in der SPD. Eine historisch-empirische Studie, Köln [u. a.] 1970, dort das Zitat S. 34; Richard D. Breitman, Socialism and the Parliamentary System in Germany 1918–1932. The Political Strategy of the German Social Democratic Party Leaders, Phil. Diss. Harvard Univ. 1975. Knapper, aber die Entwicklung der Mittelparteien berücksichtigend: Hans Mommsen, Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: ders. (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt a. M. 1974, S. 106–133. Für die Anfänge der Weimarer Zeit umfassend: Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978.

manns zu erreichen. Die Realisierung der volksparteilichen Pläne wurde sehr erleichtert durch eine sich in der Sozialdemokratie seit dem Bruch der Großen Koalition am 2. November 1923 und mit der stärkeren Rechtswendung von Zentrumspartei und DVP zunehmend ausbreitende Gegnerschaft nicht nur speziell gegen die Große Koalition, sondern generell gegen eine Regierungsbeteiligung nach einer wahltaktisch offenkundig erfolgreichen Phase der Opposition im Reich. Dennoch schlug die SPD in den Verhandlungen über die Regierungsbildung nach äußerst hypothetischen Gesprächen über die Große Koalition zunächst die mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei rechnerisch mögliche Weimarer Koalition, dann aber auch die sozialdemokratische Tolerierung einer Minderheitsregierung nach dem Muster des zweiten Kabinetts Marx vor. Die schließlich erfolgte Konstituierung der Regierung Luther, die mit Rücksicht auf den linken Zentrumsflügel und die DDP als „überparteiliches Kabinett der Persönlichkeiten“ figurierte<sup>9</sup>, wurde in der SPD in Anbetracht der bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen über die Verteilung der wirtschaftlichen Lasten aus den vielfältigen Kriegsfolgeproblemen und der Regelung der Reparationsfrage zu Recht als eine Kampfansage aufgefaßt. Gegenüber diesem Kabinett, so schrieb das Zentralorgan der SPD unverzüglich, komme „aus inner- und außenpolitischen Gründen nur rücksichtsloser Kampf“ in Frage<sup>10</sup>.

Wenngleich diese Maxime den Ansichten maßgeblicher Führungsmitglieder der Partei nicht entsprach<sup>11</sup>, schien die SPD ihr zunächst mit einem auf die Regierungserklärung hin eingebrachten Mißtrauensantrag und mit dramatischen Appellen an die Mitgliedschaft in der Parteipresse, mit Flugblattaktionen sowie einer Großkundgebung im Berliner Sportpalast folgen zu wollen<sup>12</sup>. Vor allem angesichts der divergieren-

<sup>9</sup> Zur spezifisch antisozialdemokratischen Tendenz der Begriffsbildung „Überparteilichkeit“ in dieser Zeit vgl. Günter Arns, *Regierungsbildung und Koalitions politik in der Weimarer Republik 1919–1924*, Phil. Diss. Tübingen 1971, S. 215–224. Zur Konstituierung des Kabinetts Luther und ihrer Vorgeschichte vgl. Harald Schinkel, *Entstehung und Zerfall der Regierung Luther*, Phil. Diss. Berlin 1959, S. 39–43, 152–157; Roland Thimme, *Stresemann und die Deutsche Volkspartei 1923–1925*, Lübeck/Hamburg 1961, S. 87–106; Manfred Dörr, *Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928*, Phil. Diss. Marburg 1964, S. 62–93; Stürmer, *Koalition und Opposition*, S. 82–94; Minuth, *Kabinette Luther*, Bd. 1, S. XIX–XXIV; Claus-Dieter Krohn, *Stabilisierung und ökonomische Interessen. Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1923–1927*, Düsseldorf 1974, S. 142–148. Die Arbeit von Robert Grathwohl, *DNVP and European Reconciliation 1924–1928. A Study of the Conflict Between Party Politics and Government Foreign Policy in Weimar Germany*, Phil. Diss. Chicago 1968, konnte nicht beschafft werden.

<sup>10</sup> Vorwärts Nr. 20, 13. 1. 1925. Zur Regierungsbildung aus sozialdemokratischer Sicht: Die Sozialdemokratie im Reichstage 1925. Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von Januar bis August 1925, hrsg. vom Parteivorstand der SPD, Berlin o. J. [1925], S. 5–13; Wilhelm Keil, *Erlebnisse eines Sozialdemokraten*, II. Bd., Stuttgart 1948, S. 301; Carl Severing, *Mein Lebensweg*. Bd. II. *Im Auf und Ab der Republik*, Köln 1950, S. 34 ff.

<sup>11</sup> Bericht Reichstagsfraktion, S. 11 ff.; Vorwärts Nr. 35, 21. 1., Nr. 46, 28. 1. u. Nr. 48, 29. 1. 1925.

<sup>12</sup> Beispielsweise erklärte der sozialdemokratische Ministerpräsident in Preußen, Otto Braun, gegenüber Stresemann, „er stände der Regierungsbildung im Reich garnicht ablehnend gegenüber, glaube vielmehr, daß es sehr gut wirken würde“. Aufz. Stresemanns vom 2. 2. 1925, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Nachlaß Stresemann, Bd. 20, H 158070. Vgl. auch die unten (Anm. 24) geschilderte Haltung Rudolf Hilferdings.

den Tendenzen in der Regierungskoalition erwies sie sich jedoch in der Oppositionspraxis der Reichstagsfraktion als eine wenig nützliche, weil zu grobschlächtige Formel. Zunächst beschränkte sich die SPD im Parlament vielmehr auf den etwas komplizierten Versuch, ihre numerisch starke Stellung<sup>13</sup> in einer gewissermaßen selektiven Opposition ausschließlich gegen die DNVP und ihre Regierungsbeteiligung ins Spiel zu bringen, um besonders dem Zentrum die ungenügende Eignung der Deutschnationalen als verlässliche Koalitionspartner vor Augen zu führen.

So votierte sie am 9. Februar lediglich deshalb gegen den Handelsvertrag mit Siam, den sie ansonsten insgesamt billigte, weil die Deutschnationalen angekündigt hatten, ein Teil ihrer Fraktion werde wegen angeblicher Verletzungen der „Würde des Reiches“ im Vertragstext gegen die Regierungsvorlage stimmen<sup>14</sup>. Um eine Koalitionskrise zu vermeiden, mußte die DNVP zuletzt angesichts der Haltung der SPD einlenken; sie ließ das Abkommen mit einer ausreichenden Zahl eigener Ja-Stimmen passieren. Die zufriedenen Kommentare des „Vorwärts“ zu der parlamentarischen Niederlage der DNVP<sup>15</sup> überspielten die Einsicht, daß die SPD-Fraktion mit einer derartigen Taktik bei Regierungsvorlagen, an deren Verabschiedung sie selbst ein vitales Interesse knüpfte, Schiffbruch erleiden mußte, falls es die Deutschnationalen auf ein Scheitern der Vorlage ankommen lassen würden. Eine solche Situation trat ein bei der Abstimmung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag, und das Verhalten der SPD hierbei bildete gewissermaßen einen Präzedenzfall für ihr Handeln in der Locarnokrise. Gegen das Handelsabkommen hatten Teile der Regierungskoalition, besonders die DNVP, unter dem Einfluß agrarprotektionistischer Interessenten ihre Opposition bis zu einem Punkt vorangetrieben, an dem der Weiterbestand des Regierungsbündnisses ernstlich in Frage gestellt schien<sup>16</sup>. In dieser Lage war das Kabinett bei der Abstimmung offensichtlich auf die Neutralität der SPD-Fraktion angewiesen, die jedoch erst wenige Tage vorher wegen der verbraucherfeindlichen Hochschutzzollpläne der Koalition einen – wenn auch wenig aussichtsreichen und schließlich abgelehnten – Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht hatte. Überraschenderweise sicherte die SPD jedoch durch eine vermutlich mit Stresemann abgesprochene Stimmenthaltung die Annahme des Handelsvertrages und half dem auf schwankenden Bo-

<sup>13</sup> Die Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 hatten folgende Sitzverteilung erbracht: SPD: 131, DNVP: 103, Zentrum: 69, DVP: 51, KPD: 45, DDP: 32, BVP: 19, Wirtschaftspartei: 17, NSFP: 14.

<sup>14</sup> Vgl. die Lesungen des Abkommens in: Stenographische Berichte der Verhandlungen des Reichstags (RT Stenogr. Ber.), III. Wahlperiode, Bd. 384, S. 409–413, 429–435 u. 470–477.

<sup>15</sup> Nr. 68, 10. 2. 1925. Auch W. Dittmann (SPD) in der Reichstagsdebatte am 9. 2. 1925, RT Stenogr. Ber., Bd. 384, S. 472: „Die Lektion hat offenbar gegessen. Wir haben die Herren gezwungen, endlich einmal ihr Doppelspiel aufzugeben und auch offen in der Politik nach außen hin das zu vertreten, was ihre eigene Regierung als Politik betreibt.“

<sup>16</sup> Für Einzelheiten vgl. Stürmer, Koalition und Opposition, S. 107 ff., u. Arno Panzer, Das Ringen um die deutsche Agrarpolitik von der Währungsstabilisierung bis zur Agrardebatte im Reichstag im Dezember 1928, Kiel 1970, S. 52–59. Zum interessenpolitischen Hintergrund: Dieter Gessner, Agrarverbände in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1976, S. 28–81, u. bes. Jens Flemming, Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie, Berlin/Bonn 1978.

den geratenen Kabinett über eine akute Existenzkrise hinweg<sup>17</sup>. Der augenfällige Kontrast zwischen dem sozialdemokratischen Abstimmungsverhalten im Februar und im Mai, der die Partei nun dem Vorwurf ihrer Kritiker von links aussetzte, zur entscheidenden Stütze einer arbeiterfeindlichen Regierung geworden zu sein<sup>18</sup>, läßt sich mit den Sympathien der SPD für das nur als kurzfristiges Provisorium vorgesehene deutsch-spanische Abkommen allein nicht erklären.

Es war vielmehr die Entwicklung auf außenpolitischem Gebiet seit der Sicherheitsinitiative des Auswärtigen Amtes vom 9. Februar, die die SPD-Fraktion vor einem möglichen Sturz der Regierung zurückschrecken ließ. Mit dem Angebot einer Garantie der deutschen Westgrenzen hatte Stresemann die Außenpolitik des Reiches auf einen Weg gebracht, der mit der bisherigen, auf Interessenausgleich und dauerhafte Verständigung mit den Westmächten gerichteten außenpolitischen Konzeption der Sozialdemokratie<sup>19</sup> in einem so hohen Maße zu harmonisieren schien, daß nach Auffassung der Partei- und Fraktionsführung eine Obstruktion der Regierungspolitik die Desavouierung der eigenen Programmatik in der auswärtigen Politik bedeutet hätte. Die SPD hatte schon am 9. Januar im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags durch ihren außenpolitischen Sprecher, das Fraktionsvorstandsmitglied Rudolf Breitscheid, zu erwägen gegeben, ob Deutschland „nicht nochmals einen Sicherheitspakt auf Gegenseitigkeit vorschlagen“ sollte<sup>20</sup>, und signalisierte dann in der im März einsetzenden öffentlichen Debatte um das Sicherheitsproblem im Zusammenhang mit dem deutschen Vorschlag ihre Unterstützung für den außenpolitischen Kurs der Regierung und den damit verbundenen Verzicht auf bedingungslose Opposition: „Die Frage der europäischen Sicherheit“, ließ der „Vorwärts“ verlauten, „ist von so überragender

<sup>17</sup> Vgl. Stürmer, *Koalition und Opposition*, S. 98–101, 109f.

<sup>18</sup> *Die Rote Fahne* Nr. 119, 28. 5. 1925.

<sup>19</sup> Speziell mit der außenpolitischen Haltung der SPD in der Weimarer Republik befassen sich folgende Arbeiten: William H. Machl, *The Foreign Policy of the SPD 1917–1922*, Phil. Diss. Chicago 1946; Hartmut Lange, *Ideen und Praxis der sozialdemokratischen Außenpolitik in der Deutschen Republik (1918–1926)*, Phil. Diss. Erlangen 1949; Erich Matthias, *Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914–1945*, Tübingen 1954; Reimund Klinkhammer, *Die Außenpolitik der SPD in der Zeit der Weimarer Republik*, Phil. Diss. Freiburg 1955; Martin Menzel, *Die Unterstützung der Außenpolitik des deutschen Imperialismus durch die Führung der SPD in den Jahren 1925/26*, Phil. Diss. Leipzig 1964; Otto M. Nelson, *The German Social Democratic Party and France 1918–1933*, Phil. Diss. Ohio 1968; Vincent Sheridan, *The German Social Democratic Party and the League of Nations during the Weimar Republic 1918–1933*, Phil. Diss. Arizona State Univ. 1975. Vgl. auch Adolph, Otto Wels, S. 197–216, u. Pistorius, Rudolf Breitscheid, S. 212–230, 240f., 242–282, sowie Waltraud Ebel/Helmut Biering, *Zu Problemen der Entwicklung und Politik der SPD in den Jahren 1924–1927*, 2 Teile, Phil. Diss. Leipzig 1964, S. 94–107, 191–257 u. 296–347. Ferner demnächst meine Dissertation: *Zwischen Pazifismus und Nationalismus. Zur außenpolitischen Ideologie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Für die Zeit bis zum Ende des Weltkrieges vgl. jetzt die Arbeit von Friedhelm Boll, Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918*, Bonn 1980.

<sup>20</sup> Bericht des Bayerischen Gesandten von Preger vom 11. 1. 1925, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MA 103542. Vgl. auch Schinkel, *Regierung Luther*, S. 77.

Bedeutung, daß sie getrennt von allen innenpolitischen Angelegenheiten betrachtet werden muß<sup>21</sup>.

Daß in den sozialdemokratischen Führungsgremien ein so hoher Grad an Übereinstimmung mit den Intentionen des Auswärtigen Amtes empfunden wurde, ist vermutlich auch darauf zurückzuführen, daß mit Rudolf Hilferding und Breitscheid zwei einflußreiche Repräsentanten der Partei noch vor Übergabe des deutschen Memorandums an Frankreich – und somit wesentlich früher als etwa die deutschnationalen Minister – durch eine Unterredung zwischen dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, v. Schubert, und Hilferding am 3. Februar über das Vorhaben des Außenministers recht eingehend informiert worden waren<sup>22</sup>. Gemäß der Bitte des Staatssekretärs nutzte Hilferding danach seinen Aufenthalt als Gastdelegierter der SPD auf dem Parteitag der französischen Sozialisten in Grenoble<sup>23</sup>, um deren Vorsitzenden Léon Blum zur Unterstützung des deutschen Angebots gegenüber dem Ministerpräsidenten und Außenminister Edouard Herriot zu bewegen, offenbar mit Erfolg<sup>24</sup>.

Wie sich die SPD zunehmend mit der Außenpolitik Stresemanns identifizierte, zeigen exemplarisch ihre Bemühungen, die sie in den folgenden Monaten zur Überwindung der teilweise nicht unbeträchtlichen Widerstände bei sozialdemokratischen Parteien des europäischen Auslands gegen die Sicherheitspakt-Pläne aufwandte. Innerhalb der Anfang 1923 in Hamburg gegründeten Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) bekämpfte vor allem die größte und einflußreichste der Mitgliedsparteien, die britische Labour Party, das Garantiepaktangebot, weil es in ihrer Sicht in unerwünschte Konkurrenz zum „Genfer Protokoll“ von 1924<sup>25</sup> trat, das als Resultat gemeinsamer Bemühungen der englischen Linksregierung unter dem Vorsitzenden der Labour Party, James Ramsay MacDonald, und der französischen unter Herriot sowie

<sup>21</sup> Ungez. Leitartikel „Die Sicherheitsfrage. Der deutsche Vorschlag und seine Gegner“, in: Vorwärts Nr. 142, 25. 3. 1925.

<sup>22</sup> Aufz. v. Schuberts vom 3. 2. 1925, PA AA, Büro StS, FS, Bd. 1, Bl. 51–56. Vertreter der DNVP wurden von Stresemann erst am 18. 3., die Minister im Kabinett erst am 21. 3. 1925 über den Inhalt in Kenntnis gesetzt. Vgl. Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard, II. Bd., Berlin 1932, S. 141; Minuth, Kabinette Luther, Bd. 1, Dok. Nr. 54, 202f. Zur Geheimhaltung der Sicherheitsinitiative allgemein: Schinkel, Regierung Luther, S. 77–83; Dörr, Deutschnationale Volkspartei, S. 100–108.

<sup>23</sup> Parti Socialiste. Section Française de l'Internationale Ouvrière. XXIIe Congrès National. Tenu à Grenoble, les 8, 9, 10, 11 et 12 Février 1925. Compte Rendu Sténographique, Paris 1925. Siehe auch: Schultheiß' Europäischer Geschichtskalender, 66. Bd. (1925), München 1926, S. 268f. (Hinweis auf Hilferdings Rede auf dem Kongreß).

<sup>24</sup> Hilferding berichtete Schubert am 20. 2. 1925, er habe Blum „zunächst auseinandergesetzt, was von der Regierung Luther zu halten sei, und daß man ganz gut französischerseits mit ihr verhandeln könnte“. Seine Ausführungen über die deutschen Absichten in der Sicherheitsfrage hätten bei Blum einen „starken Eindruck“ hinterlassen. Aufz. des Staatssekretärs gleichen Datums in PA AA, Büro StS, FS, Bd. 2, Bl. 134–138. Vgl. auch die von Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1937, 2. rev. Aufl., Frankfurt 1961, S. 440 wiedergegebene Äußerung Hilferdings, er habe „sogar für das nationalistiche Kabinett Luther in Frankreich gut Wetter zu machen versucht“.

<sup>25</sup> Vgl. Alfred Pfeil, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976, S. 86–89.

als Projekt des Völkerbundes dem Ziel der kollektiven Sicherheit in Europa näherzukommen schien als ein regionales Abkommen außerhalb des Genfer Bundes, wie es das deutsche Memorandum vorsah. Zudem stellte die im Protokoll von 1924 verankerte Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten zur baldigen Einberufung einer Abrüstungskonferenz nach Ansicht der meisten Mitgliedsparteien ein entscheidendes Plus gegenüber den übrigen diskutierten sicherheitspolitischen Alternativen dar<sup>26</sup>. Die kontroverse Diskussion in der SAI erhielt ihre besondere Bedeutung dadurch, daß die Mitgliedsparteien formal in Fragen der Außenpolitik gemäß Artikel 3 der Statuten an Beschlüsse der Internationale gebunden waren<sup>27</sup>. Infolgedessen richtete sich das Interesse der SPD auf eine gemeinsame Beschlußfassung der SAI zugunsten der deutschen Initiative, die auch die Zustimmung der sozialdemokratischen Parteien der beteiligten europäischen Länder zum Sicherheitspakt in ihren jeweiligen Parlamenten gewährleisten sollte. Im März gelang es der SPD jedoch nur durch hinhaltendes Taktieren, eine von der Labour Party inspirierte Erklärung der SAI, regionale Garantieverträge seien schlicht abzulehnen, zu verhindern<sup>28</sup>. Nachdem auch weiterhin, so auf den Sitzungen der Exekutive der SAI in Paris am 9. Mai und des Bureaus am 4. Juli in London, die Diskussionen eher zugunsten des Genfer Protokolls verliefen<sup>29</sup>, und ein Versuch der SPD, eine gemeinsame Linie mit den belgischen Sozialisten, der SFIO und der Labour Party zu finden, im Mai an der Ablehnung der letzteren scheiterte<sup>30</sup>, gelang es ihr erst

<sup>26</sup> Vgl. die zusammenfassende Darstellung der Diskussion in der SAI im Tätigkeitsbericht des Sekretariats, in: Zweiter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille, 22. bis 27. August 1925, Berlin o. J., S. 67–73, sowie John F. Wrynn, *The Socialist International and the Politics of European Reconstruction 1919–1930*, o. O. 1976, S. 74–82; Peter Kircheisen, *Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik* (= Hallesche Studien zur Geschichte der Sozialdemokratie, 3/1–2), Halle 1979, H. 3/1, S. 12–20. Zur Haltung der Labour Party vgl. Wolfgang Krieger, *Labour Party und Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Außenpolitik der britischen Arbeiterbewegung zwischen Programmatik und Parteitaktik (1918–1924)*, Bonn 1978, S. 347–355; Kenneth E. Miller, *Socialism and Foreign Policy. Theory and Practice in Britain to 1931*, Den Haag 1967, S. 144–154.

<sup>27</sup> Dazu die Rede Friedrich Adlers zum Statut: Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg vom 21. bis 25. Mai 1923, hrsg. v. Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Berlin 1923, S. 45–51. Text des Statuts auch in: Karl-Ludwig Günsche/Klaus Lantermann, *Kleine Geschichte der Internationale*, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 171–174.

<sup>28</sup> Am 2. 4. 1925 schrieb Otto Wels an den SAI-Sekretär Tom Shaw (Labour Party): „Wir sind sicher, daß eine Kundgebung, die unseren Namen trägt und die Ablehnung besonderer Garantieverträge fordert, in demagogischer, die Tatsachen verdrehender Weise dazu benützt würde, um uns und die ganze Internationale als Bundesgenossen der deutschen Ultra-Reaktionäre im Kampf gegen das Garantiepakt-Angebot der deutschen Regierung zu bezeichnen.“ Schreiben in: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Amsterdam, Akten der SAI, Nr. 1175, Bl. 42f. Vgl. die vorhergehenden Briefe Adler an SPD, 19. 3. 1925, Bl. 31ff., u. Wels an Shaw, 30. 3. 1925, Bl. 41.

<sup>29</sup> Bulletin der SAI, Jg. 2 (1925), Nr. 3, S. 4f.; Internationale Information. Hrsg. v. Sekretariat der SAI, Jg. 2 (1925), Nr. 20, 14. 5., und Nr. 28, 9. 7. 1925; Zweiter Kongreß SAI, S. 70, 93f.

<sup>30</sup> Vgl. den Briefwechsel zwischen Tom Shaw u. Arthur Henderson (Labour Party) im IISG, Akten der SAI, Nr. 1664, Bl. 11, 15, 17.

auf einer separaten Konferenz mit Vertretern der belgischen und französischen Sozialisten am 20. Juli in Brüssel, eine im ganzen positive Stellungnahme zum Plan des Sicherheitspakts zu erwirken<sup>31</sup>. Noch auf dem Kongreß der SAI in Marseille Ende August bestimmten aber gegensätzliche Auffassungen die Debatte über das Sicherheitsproblem, und infolge der anhaltenden Opposition der Labour Party konnte keine definitive Entscheidung der Internationale für das angestrebte Abkommen erzielt werden<sup>32</sup>.

In der Zwischenzeit ging die Auseinandersetzung in der deutschen Innenpolitik um die inhaltliche und taktische Konzeption der Sicherheitspolitik der Regierung Luther seit dem Eingang der französischen Antwortnote auf einen neuen Höhepunkt zu. Für die SPD komplizierte sich die parlamentarische und parteitaktische Lage erheblich, weil die DNVP dazu überging, „die Außenpolitik als Hebel zollpolitischer Zugeständnisse zu benutzen“<sup>33</sup>, und die Regierung die Sozialdemokraten mit Gesetzesvorlagen zur Zoll-, Steuer- und Aufwertungspolitik zu einem Zeitpunkt in scharfe Opposition zwang<sup>34</sup>, als von seiten der Deutschnationalen erneut offene und versteckte Angriffe gegen die von der SPD inzwischen mit großen Hoffnungen befrachtete Politik des Auswärtigen Amtes und seines Leiters einsetzten. Die nationalistische Borniertheit war in der DNVP viel tiefer verwurzelt, als Stresemann zeitweilig annahm. In der SPD befürchtete man, daß die Deutschnationalen in der Zeit nach Verabschiedung der sie interessierenden wirtschafts- und finanzpolitischen Gesetze aus der Beteiligung an einer bei ihren Anhängern unpopulären Außenpolitik ausscheren und die Verantwortung für sie wieder einmal auf die Linksparteien abwälzen würden. Unter diesen Umständen geriet die vorbehaltlose Unterstützung der offiziellen Außenpolitik, nicht zuletzt auch wegen der zunehmenden und durchaus wirkungsvollen Agitation der KPD gegen die Westorientierung der deutschen auswärtigen Politik und der Sozialdemokratie<sup>35</sup>, zu einem parteipolitischen Risiko für die SPD, die nun wieder eine stärkere Betonung ihrer Oppositionsrolle als notwendig erachtete. Stresemann hatte da-

<sup>31</sup> Die Konferenz in Brüssel war von der SFIO angeregt worden. Pierre Renaudel an Adler, 5. 7. 1925; Adler an Renaudel, 12. 7. 1925, ebenda, Nr. 1615, Bl. 8f., 11. In ihrer Haltung zum Sicherheitspakt stimmte die SFIO weitestgehend mit der SPD überein. Vgl. Richard Gombin, *Les Socialistes et la Guerre. La S.F.I.O. et la Politique Étrangère Française Entre les deux Guerres Mondiales*, Paris 1970, S. 111 f., 122 ff., 133.

<sup>32</sup> Vgl. die Resolution „Die internationale sozialistische Friedenspolitik“, in: Zweiter Kongreß SAI, S. 358–365. Auch Wrynn, *Socialist International*, S. 82 ff.

<sup>33</sup> Stürmer, *Koalition und Opposition*, S. 102.

<sup>34</sup> Zum gesamten Komplex vgl. Claus-Dieter Krohn, *Stabilisierung und ökonomische Interessen. Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1923–1927*, Düsseldorf 1974; Hinweise auf die Haltung der SPD ebenda, S. 123, 143 f., 148, 167, 173, 180. Zur sozialdemokratischen Finanz- und Steuerpolitik im Jahr 1925 siehe: Bericht Reichstagsfraktion, S. 60–173; Sozialdemokratische Parteikorrespondenz 1923–1928. *Ergänzungsband*, Berlin 1928, S. 145–160, 250–260.

<sup>35</sup> Dazu Norbert Madloch, *Der Kampf der KPD gegen den Pakt von Locarno und für eine demokratische und friedliche Außenpolitik in Deutschland*, Phil. Diss. Berlin 1964; Claus Remer, *Deutsche Arbeiterdelegationen in der Sowjetunion. Die Bedeutung der Delegationsreisen für die deutsche Arbeiterbewegung in den Jahren 1925/26*, Berlin 1963.

her allen Grund, über die „völlig labile innenpolitische Lage“ zu klagen, und mußte registrieren, daß die SPD „letzten Endes kein Interesse daran habe, eine Regierung zu stützen, die in Zollfragen eine ihr entgegengesetzte Politik macht“<sup>36</sup>.

Trotz der äußerst gespannten Beziehungen zwischen Regierung und Opposition ist aber in der Anfang Juli voll entbrannten, von regierungsinternen Streitigkeiten um die sog. Verantwortungsfrage – d. h. um die Mitverantwortung der deutschnationalen Kabinettsmitglieder und des Kanzlers für die Sicherheitsinitiative – und von den vehementen Attacken von Teilen der deutschnationalen Presse gegen die „Verzichtpolitik“ Stresemanns geprägten, teilweise hitzig geführten Auseinandersetzung in der Zeit vor Formulierung der deutschen Antwortnote<sup>37</sup> das Bemühen der Sozialdemokratie nicht zu übersehen, dem Außenminister weiterhin ein notwendiges Mindestmaß an sachlicher Unterstützung zu gewähren. Taktisch richteten sich die Angriffe der Sozialdemokraten auf die in ihren Augen völlig zerfahrene Regierungspolitik primär gegen die DNVP-Fraktion und ihre Vertreter im Kabinett, die die SPD noch vor Übergabe der deutschen Note durch eine außenpolitische Debatte des Reichstags – die Stresemann zunächst ebenfalls als Druckmittel hatte einsetzen wollen – zu einer klaren Stellungnahme zur Sicherheitspolitik zwingen wollte. In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 1. Juli verließ Breitscheid mit seinem Vorwurf, die DNVP „wolle den Lauf der Verhandlungen so lange hinziehen, bis man gegen diese scheinbare Mitarbeit den Zolltarif einkassiert habe, um dann alsbald mit großer nationaler Geste abzuspringen“<sup>38</sup>, den Besorgnissen seiner Partei prophetisch Ausdruck und bekräftigte ihr Verlangen, die Außenpolitik sofort im Plenum des Reichstags zu behandeln. Doch scheiterten alle noch so intensiven Bemühungen der SPD, den Koalitionsstreit auf die parlamentarische Bühne zu bringen<sup>39</sup>; die Darsteller auf Regierungsseite zogen den verlegenen Kompromiß hinter den Kulissen vor, der zwar die einvernehmliche Verabschiedung der Antwortnote ermöglichte, die entscheidende Krise der Koalition aber nur suspendierte. Es mag als bezeichnend für den Geist dieser Übereinkunft und zweifellos auch für das oft bedenklich geringe Maß an politischer Klugheit und takti-

<sup>36</sup> Stresemann, Vermächtnis II, S. 109, (Tagebuch 26. 6. 1925).

<sup>37</sup> Vgl. u. a. Schinkel, Regierung Luther, S. 114–123; Stürmer, Koalition und Opposition, S. 112–120; Henry A. Turner, Stresemann. Republikaner aus Vernunft, Berlin/Frankfurt a. M. 1968, S. 194–202; Klaus Dichtl/Wolfgang Ruge, Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der Reichsregierung über den Locarnopakt 1925, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft XXII (1974), S. 64–88.

<sup>38</sup> Vgl. das undat. Prot. der Ausschusssitzung, PA AA, Büro StS, FS, Bd. 10, Bl. 58–75. Die Reden des Außenministers in der Sitzung siehe in: Vermächtnis II, S. 111–128. Zu dieser Quelle vgl. aber: Schinkel, Regierung Luther, S. 204, Anm. 62.

<sup>39</sup> Unterstützung eines entsprechenden Antrags der KPD am 2. 7. 1925, RT Stenogr. Ber., Bd. 386, S. 2761f., 2803. Rede Breitscheids am 3. 7. 1925, ebenda, S. 2809ff. Ferner über den Auswärtigen Ausschuss: Schreiben des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Hermann Müller, an Hergt als Ausschussvorsitzenden vom 6. 7. 1925, ZStA, Reichstag, Nr. 1166, Bl. 463. Interpellation vom 10. 7. 1925, Reichstagsdrucksache Nr. 1153, Verhandlungen des Reichstags, Anlagen zu den Stenogr. Ber. Bd. 403. Vgl. auch den Leitartikel Breitscheids „Wir fordern Klarheit!“, in: Vorwärts Nr. 315, 7. 7. 1925.

schem Geschick auf seiten der DNVP angesehen werden, daß die deutschnationale Fraktion sich in jenen Tagen mit der ebenso verzweifelten wie zweifelhaften Anfrage an die SPD wandte, „ob die Sozialdemokratie bereit sei, sich mit ihr über die Person eines auch der Sozialdemokratie genehmen Nachfolgers Dr. Stresemanns zu verständigen“, ein Ansinnen, das von den Angesprochenen mit der kühlen Feststellung zurückgewiesen wurde, die Besetzung des Außenministeriums sei Aufgabe der Regierungsparteien, und es sei der SPD nicht um die Person, sondern um die Sache zu tun<sup>40</sup>. Den Billigungsantrag der Koalitionsparteien für ihre Außenpolitik im Reichstag am 22. Juli konnte die sozialdemokratische Fraktion geschlossen ablehnen, ohne in Widerspruch zu dieser Haltung zu geraten, denn das Einlenken der DNVP sicherte der Regierung vorab die erforderliche Stimmenmehrheit<sup>41</sup>.

Ein Votum zugunsten ihrer Politik, etwa bei unklarerer parlamentarischer Lage, wäre der SPD-Fraktion allerdings nicht nur wegen des konfliktgeladenen Verhältnisses zu den Regierungsparteien schwergefallen, sondern auch, weil sich zeigte, daß die parlamentarische Unterstützung der Regierung auf Grund ihrer Außenpolitik innerparteilich keineswegs unumstritten war. Insbesondere die Linke konnte sich mit der vom Vorstand und im Zentralorgan unausgesetzt propagierten These, die Koalition betreibe aus verspäteter Einsicht in internationale Notwendigkeiten nun endlich auch sozialdemokratische Außenpolitik, nicht anfreunden, zumal sie etwaigen koalitionspolitischen Folgerungen aus dieser vermeintlichen politisch-programmatischen Übereinstimmung mit Mißtrauen entgegenseh. Auch spielten Vermutungen über eine gegen die Sowjetunion zielende und die Neutralität des Reiches beeinträchtigende Ausrichtung des geplanten Paktes bei den Bedenken eines großen Teils des linken Parteiflügels<sup>42</sup>, bemerkenswerterweise aber auch in den Einwänden eines „professionellen“ Außenpolitikers der Sozialdemokratie, des Botschafters in Riga, Adolf Köster, gegen die Außenpolitik des Kabinetts Luther eine nicht unerhebliche Rolle (Dokument 5).

Die außenpolitischen Meinungsdivergenzen innerhalb der Partei wurden jedoch in den Reaktionen der SPD-Presse auf das Verhandlungsergebnis der Konferenz von Locarno, die teilweise geradezu überschwänglich ausfielen<sup>43</sup>, nicht als so konträr

<sup>40</sup> Aufz. Stresemanns vom 17. 7. 1925, PA AA, NI Stresemann, Bd. 272, H 147913–4. Ohne Nennung des Informanten (Breitscheid) in: Vermächtnis II, S. 151. Vgl. Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik. 2. Bd.: Von der Konferenz von Locarno bis zu Hitlers Machtübernahme, Erlenbach/Stuttgart 1956, S. 30f.; Pistorius, Rudolf Breitscheid, S. 229. Dessen Behauptung, die Deutschnationalen hätten Breitscheid zum Außenminister küren wollen, läßt sich aus dem Wortlaut der Quelle nicht belegen.

<sup>41</sup> Stürmer, Koalition und Opposition, S. 119f.

<sup>42</sup> Siehe dazu die kritischen Diskussionsbeiträge von Toni Sender (Dresden), Erich Mäder (Altenburg/Thüringen), Walter Loeb (Frankfurt a. M.), Wilhelm Hoegner (München) und Theodor Haubach (Hamburg), zu denen vom Standpunkt der Parteiführung aus Breitscheid und Herrmann Müller Stellung nahmen, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 243–257.

<sup>43</sup> Der Vorwärts Nr. 491, 17. 10. 1925, wollte das Abkommen als „vielleicht eins der größten weltge-

angesehen, daß ein Disput über die Frage der Zustimmung der SPD zu den Verträgen im Ratifizierungsverfahren angestanden hätte. Ausschlaggebend war hier die mit den Locarno-Verträgen verknüpfte Vereinbarung über den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, die eine langjährige, allen sozialdemokratischen Richtungen – mit Einschränkungen beim linken Flügel – gemeinsame außenpolitische Forderung<sup>44</sup> der Verwirklichung näherbrachte. Lediglich die Kommentierung in Paul Levis Korrespondenz „Sozialistische Politik und Wirtschaft“<sup>45</sup> machte deutlich, daß in der SPD, die im allgemeinen die friedenspolitische Ambivalenz der deutschen Locarnopolitik in der Spannung zwischen Verständigungsbereitschaft und Revisionsstreben übersah, sogar vielfach einem verengten revisionspolitischen Denken glaubte verbale Zugeständnisse machen zu müssen<sup>46</sup>, auch grundsätzlich kritische Stimmen zur deutschen Außenpolitik nicht fehlten. Die für einen sozialdemokratischen Politiker ungewöhnlich scharfe und stark an den nationalistischen Vorwurf der „Verzichtpolitik“ anklingende, jedoch nicht öffentlich bekanntgewordene Kritik Adolf Kösters an der Methode und dem Resultat der Politik von Locarno (Dokument 5) war in dieser Form innerhalb der SPD allenfalls im Hofgeismar-Kreis der Jungsozialisten anzutreffen<sup>47</sup>. Im einzelnen können die Stellungnahmen der verschiedenen sozialdemokratischen Parteigruppierungen zu den Locarno-Verträgen hier nicht erörtert werden; die gewissermaßen parteioffizielle Mehrheitsauffassung, wie sie auch in den folgenden Jahren von der Lei-

---

schichtlichen Ereignisse“ und als mögliche „Zeitenwende“ sehen und feierte es als „Teilsieg der sozialistischen Bewegung“ sowie „stärkste moralische Ermutigung für die internationale sozialistische Bewegung“.

<sup>44</sup> Vgl. Sheridan, *League of Nations*, S. 164–201; Armeta A. Jones, *The Left Opposition in the German Social Democratic Party*, Phil. Diss. Emory 1969, S. 174ff. Als ausgesprochene Außenseiterposition innerhalb der Partei muß die Haltung des der SPD angehörenden Botschafters in Bern angesehen werden: Karl Heinrich Pohl, *Adolf Müller und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Ein sozialdemokratischer Frondeur gegen Stresemanns Außenpolitik*, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), *Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze. Hans Rothfels zum Gedächtnis*, Stuttgart 1976, S. 68–86.

<sup>45</sup> H. Meyer, *Rund um Locarno*, in: SPW 3 (1925), Nr. 40; Paul Levi, *Locarno*, ebenda, Nr. 41, u. ders., *Nochmals Locarno*, ebenda, Nr. 42; Jones, *Left Opposition*, S. 164f. Vgl. jetzt auch: Hans-Ulrich Ludewig, *Die „Sozialistische Politik und Wirtschaft“*. Ein Beitrag zur Linksopposition in der SPD 1923 bis 1928, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 17 (1981), S. 14–41, bes. S. 35–39.

<sup>46</sup> So hieß es beispielsweise im *Vorwärts* Nr. 539, 13. 11. 1925, es sei „eben für Deutschland die letzte und tiefste Auswirkung des Vertrages von Locarno, daß er uns neue Mittel gibt, den Vertrag von Versailles zu überwinden“. Zum revisionspolitischen Aspekt der Locarnopolitik des Reiches vgl. u. a. Jon Jacobson, *Locarno Diplomacy. Germany and the West 1925–1929*, Princeton 1972, S. 40–44 u. passim; Hermann Graml, *Europa zwischen den Kriegen*, 4. Aufl., München 1979, S. 218–221; Wolfgang Ruge, *Die Außenpolitik der Weimarer Republik und das Problem der europäischen Sicherheit 1925–1932*, in: *ZfG* XXII (1974), S. 273–290.

<sup>47</sup> Vgl. Kurt Doß, *Reichsminister Adolf Köster 1883–1930. Ein Leben für die Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978. Leider wertet Doß dieses für die außenpolitische Haltung Kösters aufschlußreiche Dokument nicht aus. Zum „Hofgeismar-Kreis“ vgl. Franz Osterroth, *Der Hofgeismarkreis der Jungsozialisten*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* IV (1964), S. 525–569.

tung der SPD – wenn auch nicht unangefochten<sup>48</sup> – vertreten wurde, ist in einem Brief Breitscheids wiedergegeben (Dokument 6)<sup>48a</sup>.

Bei ihrer Beschäftigung mit dem künftigen innenpolitischen Schicksal der Verträge und der zu erwartenden Reaktion der DNVP konnten die Redakteure der sozialdemokratischen Presse natürlich kaum der verlockenden propagandistischen Möglichkeit widerstehen, Parallelen zum Verhalten der deutschnationalen Abgeordneten bei der Entscheidung des Reichstags über den Dawes-Plan zu ziehen, als die Hälfte von ihnen entgegen den Ankündigungen in der Parteipresse sich zu einem Votum für das als „zweites Versailles“ apostrophierte Reparationsabkommen entschieden hatte. „Wir glauben nicht daran“, spottete der „Vorwärts“, „daß die Deutschnationalen ablehnen werden. Wir kennen das Spiel, und wir kennen die Akteure aus der Zeit vor der Annahme der Dawes-Verträge“<sup>49</sup>. Mit Betroffenheit mußte die Zeitung dann die „neue Lage“ konstatieren, die durch die Erklärung des Vorstands und der Landesverbandsvorsitzenden der DNVP gegen die Annahme der Verträge von Locarno am 23. Oktober geschaffen worden war, und sagte „ernste innere Krisen“ voraus<sup>50</sup>. Der Bruch der Koalition durch den Austritt der deutschnationalen Minister aus dem Kabinett zwei Tage später besiegelte das Scheitern der koalitionspolitischen Strategie der Deutschen Volkspartei, die die monatelangen Warnungen der SPD vor der Unzuverlässigkeit der DNVP in Fragen der auswärtigen Politik überhört und für deren Beteiligung an der Macht die außenpolitische Mehrheitsbildung im Sinne der Absichten Stresemanns dennoch nicht hatte einhandeln können<sup>51</sup>.

Durch die „Fahnenflucht“ (Erich Eyck) der Deutschnationalen war die Sozialdemo-

<sup>48</sup> Siehe etwa die Kontroverse zwischen Breitscheid und Franz Petrich (Gera), in: Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927, S. 244–249.

<sup>48a</sup> Siehe auch R. Breitscheid, Locarno, in: Die Gesellschaft 2 (1925), Bd. II, S. 497–509. Dazu seine Rede in: RT Stenogr. Ber., Bd. 388, S. 4619–4628, die in Gerhard Zwoch (Hrsg.), Rudolf Breitscheid. Reichstagsreden, Bonn 1974, S. 195–219 wieder abgedruckt wurde. Ebenso die Reden von O. Wels und Otto Landsberg, RT Stenogr. Ber., Bd. 388, S. 4485–4493, 4567–4574. Die aufschlußreiche, vor allem gegen die Konzeption der KPD gerichtete Broschüre: Völkerbund oder Sowjetrußland? Der Kampf um den europäischen Frieden, hrsg. v. Parteivorstand der SPD, Berlin o. J. [1925], ist bei Menzel, Außenpolitik des deutschen Imperialismus, S. 105–146, u. Ebel/Biering, Entwicklung und Politik der SPD, Bd. II, S. 296–347, die sich dem Thema ausführlich widmen, leider nicht erörtert. Den Standpunkt der Parteiführung zusammenfassend: Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1926, Berlin o. J. [1927], S. 80f., 95–98. Vgl. ferner Lange, Ideen und Praxis, S. 119 ff.; Klinkhammer, Außenpolitik, S. 142 ff.; Pistorius, Rudolf Breitscheid, S. 261, u. Nelson, German Social Democratic Party and France, S. 221–226.

<sup>49</sup> Nr. 491, 17. 10. 1925. Zum Zusammenhang vgl. Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956, S. 86–95; Lewis Hertzman, DNVP. Right-Wing Opposition in the Weimar Republic 1918–1924, Phil. Diss. Univ. Nebraska 1963, S. 198 f.

<sup>50</sup> Nr. 503, 24. 10. 1925.

<sup>51</sup> Dazu Stresemann selbst am 22. 11. 1925 vor dem Zentralvorstand seiner Partei: „Damit ist auch ein Werk vernichtet, an dem niemand mehr, und ich möchte sagen, bis zur Selbstentäußerung gearbeitet hat, als wir, die Deutsche Volkspartei. (Sehr richtig!)“ Zit. nach Henry A. Turner, Eine Rede Stresemanns über seine Locarnopolitik, in: VfZ 15 (1967), S. 412–436, (S. 430).

kratische Partei unvermittelt in eine faktische Schlüsselposition für die Durchsetzung der Locarnopolitik gerückt. Da die Bereitstellung einer neuen parlamentarischen Mehrheit für eine in die Brüche gegangene Rechtsregierung durch die SPD ausgeschlossen schien, hieß deren Devise im „Wirrwarr der nächsten Tage“<sup>52</sup>: Auflösung des Reichstags! Bereits in der Unterredung mit dem Kanzler am Nachmittag des 26. Oktober erklärten der Fraktionsvorsitzende Hermann Müller, Wels und Hilferding, daß die SPD nicht gewillt sei, „die Deutschnationalen aus der Verantwortung in diesem Reichstag zu entlassen“, und daß bei einem Beharren der DNVP auf ihrem Ablehnungsbeschluß kein anderer Weg als Reichstagsauflösung und Neuwahlen beschritten werden könne<sup>53</sup>.

Weil die Regierung sogleich erkennen ließ, bis zur Verabschiedung der Verträge im Amt bleiben zu wollen, implizierten die Absichtserklärungen der SPD praktisch entweder den Sturz des Kabinetts in einer vor der Ratifizierungsdebatte anzusetzenden Reichstagssitzung durch ein sozialdemokratisches Mißtrauensvotum bzw. die Versagung eines Vertrauensantrags oder aber die taktische Ablehnung der Locarnoerträge durch die SPD-Fraktion in der entscheidenden Abstimmung, die zeitlich vor der für den 1. Dezember vorgesehenen Unterzeichnung der Abkommen durch die Außenminister der beteiligten Mächte in London liegen sollte.

Die Folgen einer solch offensiven Vorgehensweise der Reichstagsfraktion fürchtend, wollte der preußische Ministerpräsident Braun mit seinem am gleichen Tag unternommenen Vorstoß nicht nur der Locarnopolitik zum Durchbruch verhelfen, sondern auch den Weg für eine Große Koalition im Reich ebnen (Dokument 1)<sup>54</sup>. Seine Vorschläge fanden in der Partei vorerst wenig Gegenliebe. Dem am 28. Oktober zusammentretenden Fraktionsvorstand empfahl der württembergische Abgeordnete Wilhelm Keil in einem energischen Brief (Dokument 2) vielmehr eine aktive Oppositionspolitik. Die Regierung müsse vor den Reichstag treten und die Vertrauensfrage stellen. Da die SPD „selbstverständlich einem Vertrauensvotum nicht zustimmen“ werde, müßten die Deutschnationalen „schon jetzt Farbe bekennen“. Eine Auflösung des Reichstags, die die Partei ohnehin nicht zu fürchten habe, sei nicht zu erwarten, da die DNVP „das Rumpfkabinetten halten“ werde.

In der Tat hatte die deutschnationale Fraktion dem Kanzler gleich nach dem Rücktritt ihrer Minister etwas kleinlaut erklären lassen, keinen Mißtrauensantrag stellen zu

<sup>52</sup> Stresemann, Vermächtnis II, S. 206 (Tagebuch 27. 10. 1925).

<sup>53</sup> Nr. 507, 27. 10. 1925. Luther berichtete im Kabinetten, in dem Gespräch habe Wels „stark mit dem Auflösungsgedanken gespielt, während der Abgeordnete Müller-Franken nach dieser Richtung hin gedämpft habe“. Minuth, Kabinette Luther, Bd. 2, Dok. Nr. 209, S. 807f.

<sup>54</sup> Vgl. Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949, S. 87ff.; seine Rede: Sitzungsberichte des Preußischen Landtages, 2. Wahlperiode, 4. Bd., Sp. 5528–33. Vgl. ferner Stürmer, Koalition und Opposition, S. 106f., u. bes. Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977, S. 482f. Durch einen Datierungsfehler entsteht in Schulzes Darstellung der Eindruck, als habe die Aktion von Braun nach der Annahme der Verträge stattgefunden. Tatsächlich ging es Braun aber nicht unmittelbar um die Neubildung der Regierung, sondern zunächst um die Vermeidung einer Abstimmungsniederlage für das bestehende Kabinetten.

wollen, „wenn das Kabinett die Dinge bis zur Entwicklungsreife zu bringen gedächte“, und gleichzeitig auf ihre „schwierige Lage“ für den Fall hingewiesen, daß „ein solches Mißtrauensvotum von der Sozialdemokratie eingebracht werde“<sup>55</sup>. Deren Fraktionsvorstand faßte nun zwar den formellen Beschluß, „in diesem Reichstag“ die Locarnovertäge nicht „gegen die deutschnationalen Stimmen“ zu bewilligen (Dokument 3), berief aber die Gesamtfraktion erst für den 6. November ein, so daß das von Keil angeratene und schnelles Handeln gebietende Vorgehen nur noch schwer zu verwirklichen war, zumal die Reichsregierung eine abwartende Haltung einnahm und insbesondere keinerlei Neigung zeigte, den Reichstag zu konsultieren.

Der halbherzige Entschluß der Vorstandmitglieder war auf ihre unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der innen- und außenpolitischen Konsequenzen einer möglichen Niederlage der Regierung in einer rasch einberufenen Sitzung des Reichstags zurückzuführen. Mehrheitlich war man zu der Überzeugung gelangt, daß eine nur taktische Ablehnung der Locarnopolitik im Parlament und eine anschließende Wahlkampagne pro Locarno für die Sozialdemokratie „nicht ganz angenehm wäre“ und daß die SPD sich auch nicht dem Vorwurf ausliefern dürfe, „die Rückwirkungen [d. h. die mit den Westmächten vereinbarten und im einzelnen noch anzukündigenden Erleichterungen im besetzten Rheinland, K.R.] irgendwie zu stören“ (Dokument 4). Die in der Literatur verschiedentlich vertretene These, die Befürworter einer Reichstagsauflösung in der SPD hätten damit in erster Linie das Ziel einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung im Rahmen der Großen Koalition verfolgt<sup>56</sup>, läßt sich anhand der Dokumente nicht bestätigen. Vielmehr hegten sie entweder Hoffnungen auf einen rechtzeitigen „Umfall“ deutschnationaler Abgeordneter (Dokument 2) oder aber, wie Breitscheid, die Absicht, die Reichstagswahlen zu einer Art Referendum über die Außenpolitik zu machen und so der nationalistischen Agitation der DNVP den Boden zu entziehen (Dokument 6); sie zielten also auf eine Zuspitzung und einen sozialdemokratischen Teilsieg in den ständigen Auseinandersetzungen mit jener Partei.

Stresemanns Schlußfolgerung aus dem sozialdemokratischen Vorstandsbeschluß, „daß die Richtung Braun-Weismann mindestens bis jetzt noch nicht so stark ist, wie sie glaubt“<sup>57</sup>, fand ihre Bestätigung im Tenor der öffentlichen Stellungnahmen führender Repräsentanten der SPD, die vehement den „Appell an die Wähler“ als einzig möglichen und sinnvollen Ausweg aus der Regierungskrise verlangten<sup>58</sup>. Kennzeichnend für die Stimmungslage in der Partei war das einhellig positive Echo in einer der von Sozialdemokraten gewöhnlich vielbeachteten Versammlungen der Berliner Funk-

<sup>55</sup> Vgl. den in Anm. 53 erwähnten Bericht Luthers.

<sup>56</sup> Vgl. Menzel, *Außenpolitik des deutschen Imperialismus*, S. 141; Ebel/Biering, *Entwicklung und Politik der SPD*, S. 333; Dört, *Deutschnationale Volkspartei*, S. 192; Pohl, *Adolf Müller*, S. 80, Anm. 76.

<sup>57</sup> *Vermächtnis II*, S. 210. Noch in Verkennung der Motive im sozialdemokratischen Lager fügte Stresemann hinzu: „Die Sozialdemokratie steuert bewußt auf die Große Koalition zu.“

<sup>58</sup> Keil, *Erlebnisse II*, S. 329. Leitartikel Breitscheids: *Nein, Herr Luther!*, in: *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 254, 30. 10. 1925; ders., *Frevelhaftes Spiel! Die Deutschnationalen und Locarno*, in: *Vorwärts* Nr. 515, 31. 10. 1925.

tionäre am 3. November auf die Ausführungen des Referenten Breitscheid, die Sozialdemokratie könne nicht als „Lückenbüßer“ für die DNVP eintreten, erst recht sei die Bildung einer Großen Koalition in der gegebenen Situation „unmöglich“<sup>59</sup>. Neben die bereits deutlich gewordene Abneigung der Regierungsparteien, die Locarno-Krise durch die Neubildung einer Regierung unter Einschluß der SPD zu lösen, und die allgemeine Reserve auf Seiten der SPD gegen eine neuerliche Koalition mit der DVP (Dokumente 6 u. 8) trat ihr elementares Mißtrauen gegen den Reichskanzler, den sie verdächtigte, entweder die Verträge von Locarno scheitern lassen oder den Deutschenationalen „nur ein paar Wochen Ferien von der Verantwortung geben“ zu wollen, um ihnen nach einer außenpolitisch motivierten Zustimmung der SPD zu den Verträgen alsbald ihre Plätze in der Kabinettsrunde wieder einzuräumen<sup>60</sup>. In der Sozialdemokratie wurde deshalb zeitweilig eine Übernahme der Kanzlerschaft durch den von ihr bei der Reichspräsidentenwahl als „bewährten Vertreter einer Außenpolitik der Völkerverständigung“ unterstützten Zentrums Politiker und ehemaligen Kanzler Wilhelm Marx ventiliert<sup>61</sup>. Auf dem linken Flügel der SPD lehnte man jede Unterstützung der Regierung pauschal ab<sup>62</sup>.

Wie unübersichtlich die Lage in den ersten Novembertagen vor dem Zusammentritt der SPD-Fraktion beschaffen war, läßt sich aus den sehr spekulativen Überlegungen des ansonsten realistisch denkenden Adolf Köster in einem aus dieser Zeit stammenden umfangreichen Schreiben an Breitscheid (Dokument 5) schließen. Der Grundgedanke seiner Ausführungen, die Regierungskrise zur Anbahnung neuer Verhandlungen mit den Westmächten über die „Rückwirkungen“ ausnutzen zu können, beruhte auf der Annahme, „daß Luther am 1. Dezember ohne Reichstagszustimmung definitiv unterschreibt“ und daß anschließende Neuwahlen einen Sieg der Locarno-Parteien erbringen würden, der in die Bildung einer Linksregierung einmünden werde. Überzeugt, daß „gerade eine Linksregierung diesen Vertrag mit seinen schweren Opfern nicht akzeptieren kann“, hielt Köster es für möglich, daß ihre westlichen Vertragspartner für die dann unter Umständen erst „einige Monate später“ stattfindende Ratifikation „sichtbare Konzessionen“ gewähren würden.

Die Partei- und Fraktionsführung wollte aber seit dem Beschluß vom 28. Oktober

<sup>59</sup> Vgl. den Versammlungsbericht in: Vorwärts Nr. 521, 31. 10. 1925.

<sup>60</sup> Vorwärts Nr. 507, 27. 10. 1925; Aufz. vom 28. 10. 1925, BA Koblenz, R 43 I/429, Bl. 63; Stresemann, Vermächtnis II, S. 209 (Tagebuch 28. 10. 1925).

<sup>61</sup> Aufruf der SPD zum 2. Wahlgang vom 11. April 1925, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. VIII: Januar 1924–Oktober 1929, Berlin 1975, Dok. Nr. 47, S. 126–130. Stresemann hatte den französischen Botschafter in Berlin auf diese Bestrebungen in der SPD hingewiesen. Vgl. den Bericht Lord d'Abernon's über eine Unterredung mit dem Botschafter Frankreichs, in: Documents on British Foreign Policy, Series I A, Vol. I, London 1966, Dok. Nr. 43, S. 70 ff.

<sup>62</sup> In einem Artikel Levis hieß es: „Stets haben wir in diesen fünf oder sechs Jahren eine Außenpolitik getrieben, die das Odium der Unpopularität, des mangelnden ‚Nationalen‘ auf die Sozialdemokratie legte. [...] Sagen wir offen: eine bürgerliche Regierung, die uns im Innern bekämpft und die wir bekämpfen, mag die Stimmen für ihre Außenpolitik holen, wo sie mag, nur nicht bei uns.“ SPW, 3. Jg. (1925), Nr. 45 (12. 11. 1925).

offenbar auch weniger riskante Manöver nicht in Gang bringen und lehnte etwa den in einem Brief des Vorsitzenden der kommunistischen Reichstagsfraktion, Walter Stoecker, enthaltenen Vorschlag, im Ältestenrat den KPD-Antrag auf sofortige Einberufung des Parlaments zu unterstützen, mit dem lapidaren Hinweis auf die bevorstehende Sitzung der Fraktion ab<sup>63</sup>. Im Lager der verbliebenen Regierungsparteien drängten unterdessen Vertreter des Zentrums besorgt auf eine „Fühlungnahme“ des Kabinetts mit den Sozialdemokraten vor deren Fraktionssitzung, um zu erreichen, daß sie der Regierung bis zur Abstimmung im Reichstag „die 14 Tage noch gewähren“, wie sich Arbeitsminister Heinrich Brauns ausdrückte<sup>64</sup>.

Zwar fand am 4. November noch ein Gespräch zwischen dem Kanzler, Breitscheid, Hilferding und Müller statt<sup>65</sup>, und diese drei erschienen dem DDP-Vorsitzenden Erich Koch-Weser noch am Vorabend der Fraktionssitzung „nicht endgültig entschlossen“<sup>66</sup>, die Entscheidung der Fraktion ließ dann aber nach außen hin keinen Kurswechsel der SPD erkennen. Sie bestätigte den Beschluß des Vorstandes und beauftragte ihn etwas umständlich, „sofort mit dem Reichspräsidenten wegen der alsbaldigen Einberufung des Reichstages in Verbindung zu treten“<sup>67</sup>.

Für den weiteren Gang der Dinge war es nun aber von nicht unerheblicher Bedeutung, daß Reichspräsident Löbe in der Fraktion der Taktik der Reichstagsauflösung, allerdings auch einem Regierungseintritt der SPD, sehr ablehnend gegenüberstand (Dokumente 7–9). Er wurde bald zum Wortführer einer wachsenden Zahl von SPD-Abgeordneten, die der Linie des Vorstandes „nur widerwillig“ gefolgt waren (Dokument 6) und nicht nur vor der Schwierigkeit, einen Wahlkampf für eine im Reichstag zuvor verweigerte Zustimmung zu Locarno führen zu müssen, sondern auch vor dem völlig ungewissen Wahlausgang warnten. Zwar mußte es vielen sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedern reizvoll erscheinen, bei der bevorstehenden Abstimmung eine Spaltung der DNVP-Fraktion zu provozieren, indem sie durch ein

<sup>63</sup> Die Rote Fahne Nr. 250, 29. 10. 1925; Vorwärts Nr. 513 u. 514, 30. 10. 1925. Vgl. Menzel, Außenpolitik des deutschen Imperialismus, S. 131; Ebel/Biering, Entwicklung und Politik der SPD, S. 333 f.

<sup>64</sup> Minuth, Kabinette Luther, Bd. 2, Dok. Nr. 216 (Partei führerbesprechung am 3. 11. 1925), S. 832–838. Vgl. Stürmer, Koalition und Opposition, S. 130.

<sup>65</sup> Minuth, Kabinette Luther, Bd. 2, S. 838, Anm. 9; Schultheß 1925, S. 160. Der Vorwärts Nr. 523, 5. 11. 1925, berichtete vom lediglich „informativem Charakter“ der Unterredung, während die Rheinische Zeitung Nr. 259, 5. 11. 1925, mitteilte, der Kanzler habe dabei den Wunsch ausgesprochen, die Einberufung des Reichstages bis nach dem Eintreten der Rückwirkungen zu verschieben, sei von den SPD-Vertretern aber auf die noch ausstehende Entscheidung der Fraktion verwiesen worden. Kurz vor der Fraktionssitzung traf Stresemann noch mit Hermann Müller zusammen. Vgl. Vorwärts Nr. 526, 6. 11. 1925, wo Wert auf die Feststellung gelegt wurde, daß es sich „keineswegs um eine Verhandlung zwischen den Führern zweier Parteien über eine künftige Regierungsbildung“ handle.

<sup>66</sup> BA Koblenz, NI Erich Koch-Weser, Bd. 32, Tagebuch 5. 11. 1925.

<sup>67</sup> Vorwärts Nr. 527, 7. 11. 1925. Der sozialdemokratische Reichspräsident befand sich zu dieser Zeit noch auf einer Amerikareise und sollte erst am 8. 11. in Hamburg eintreffen. Vorwärts Nr. 520, 3. 11. 1925; Paul Löbe, Der Weg war lang. Erinnerungen eines Reichspräsidenten, 3. erw. Neuausgabe, Berlin 1954, S. 169 ff.

eigenes taktisches Nein die Standfestigkeit und Fraktionstreue derjenigen deutschnationalen Abgeordneten ernsthaft auf die Probe stellten, die der Regierungsmacht so sehr nachtrauerten, daß sie für ihre Wiedererlangung selbst Locarnoverträge in Kauf genommen hätten. Doch hatte sich die Fraktion der DNVP schon am 22. September mit ihren „Locarno-Richtlinien“ auf ein geschlossenes Votum festgelegt, und unter ihren Mitgliedern dominierte eindeutig das Motiv, den Zusammenhalt der Partei zu wahren<sup>68</sup>.

Demzufolge stand und fiel die Argumentation der Befürworter einer Reichstagsauflösung in der SPD mit den Aussichten auf eine deutliche Wahlniederlage für die Deutschnationalen und einen klaren Sieg der die Locarnopolitik tragenden Parteien. Hier waren die Meinungen sehr geteilt. Die eine Seite rechnete auf Grund des relativ günstigen Abschneidens der DNVP bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 mit nur geringen Verlusten für diese Partei und weiteren Erfolgen für die KPD, die Ende Oktober bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen nach einem offensiv geführten, ganz auf die Parole gegen den „Kriegspakt von Locarno“ abgestellten Wahlkampf rund 100 000 Stimmen hinzugewonnen hatte<sup>69</sup>. Hingegen glaubte etwa Wilhelm Keil, daß die Deutschnationalen „von den Wählern zu Paaren getrieben worden wären“<sup>70</sup>. Zudem waren die Gegner der Großen Koalition in der SPD nur mit einem Sieg für die Parteien der Weimarer Koalition zufriedenzustellen.

Zweifellos konnte eine insgesamt so unklare Perspektive die Sorge vor einem endgültigen Scheitern der Vertragspolitik von Locarno, die ja von der Sache her die nahezu ungeteilte Unterstützung der SPD erhielt, nicht aufwiegen. Zu dem nach der Fraktionssitzung einsetzenden Meinungsumschwung unter den sozialdemokratischen Abgeordneten trug eine Reihe wichtiger Entscheidungen bei, die in der ersten Novemberhälfte fielen. Dazu zählte zunächst die positive Beschlußfassung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die in einer auf der Sitzung der Exekutive am 4. und 5. November in London verabschiedeten langen Resolution<sup>71</sup> ihren Mitgliedsparteien die Annahme der Locarnoverträge als „einen Teilerfolg des großen Kampfes des internationalen Proletariats gegen die Methoden der Gewalt in den Beziehungen zwischen den Völkern“ empfahl. Daß die von der SPD stets angestrebte Zustimmung der Labour-Party zu den Verträgen – MacDonald hatte übrigens nach seiner Wandlung vom Paktgegner zum Befürworter Locarnos bei einem Besuch in Berlin Ende Oktober die SPD-Führung beschworen, auf Neuwahlen zu verzichten<sup>72</sup> – im englischen Parlament am 18. November ausgesprochen wurde, konnte ebenfalls nicht ohne Einfluß bleiben. Ferner machte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund seine Wertschätzung des Vertragswerkes deutlich und warnte vor einer Isolierung des Reiches,

<sup>68</sup> Dörr, *Deutschnationale Volkspartei*, S. 157ff., 198f.

<sup>69</sup> Madloch, *Kampf der KPD gegen den Locarnopakt*, S. 251.

<sup>70</sup> Keil, *Erinnerungen II*, S. 329.

<sup>71</sup> Text in: *Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Brüssel 5. bis 11. August 1928*, 1. Bd. (Abteilungen I.–IV.): *Berichte und Verhandlungen, Zürich 1928*, S. I/64f.

<sup>72</sup> Telegramm Nr. 402 des britischen Botschafters in Berlin, Lord d'Abernon, an Foreign Office vom 28. 10. 1925. Public Record Office, London, FO 371/10714.

falls die Verträge im Reichstag scheiterten<sup>73</sup>. Die durch Noten der Botschafterkonferenz mitgeteilten Rückwirkungen fielen im großen und ganzen zur Zufriedenheit der SPD aus (Dokument 6). Von großer Bedeutung war darüber hinaus der Beschluß des Kabinetts vom 19. November, nach der Unterzeichnung der Verträge zu demissionieren. Eine Annahme der Abkommen durch die SPD im Reichstag konnte nun nicht als Vertrauenserklärung für die Regierung ausgelegt werden.

Ohne den Versuch unternommen zu haben, eine vorzeitige Einberufung des Reichstags zu erzwingen, trat die Fraktion der SPD bei der Wiedereröffnung des Reichstags am 20. November zu ihrer entscheidenden Sitzung über Annahme oder Ablehnung der Locarnovertäge zusammen. Nach mehrstündiger lebhafter Diskussion erhielt ein Antrag Löbes, der die uneingeschränkte Zustimmung zu den Verträgen forderte und somit den zwei Wochen vorher gefaßten Fraktionsbeschluß aufheben sollte, eine Mehrheit von 77 Stimmen gegen eine starke Minderheitsgruppe von 40 Fraktionsmitgliedern, die nach wie vor für eine taktische Ablehnung der Ratifikation votierten<sup>74</sup>.

Die zunächst verbreitete Begründung für die taktische Schwenkung der Fraktion lautete, man habe nicht gegen die unerwarteterweise mit dem Ratifizierungsgesetz verbundene Ermächtigung der Regierung, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorzubereiten, stimmen können, besaß aber, weil formal und schwächlich, keine Überzeugungskraft<sup>75</sup>. Plausibler mußten bei den Anhängern die Argumente Löbes wirken, der in einem vielfach nachgedruckten Artikel<sup>76</sup> die Entscheidung der Fraktion als Fortführung „der Linie jener Außenpolitik, welche die Sozialdemokratische Partei sechs Jahre lang unter Angriffen und Verdächtigungen verfolgt hat“, rechtfertigte und der auf die Gefahr einer Isolierung der SPD in der Internationale und die negativen Auswirkungen eines Versiegens amerikanischer Kreditzuflüsse in der sich seit Herbst 1925 verschärfenden deutschen Wirtschaftskrise hinwies.

Angesichts der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Gegner einer Reichstagsauflösung vor der Fraktionsentscheidung davon abgesehen hatten, ihre Argumente in der Presse darzulegen (Dokument 8), und wenn man berücksichtigt, daß immerhin mehr als ein Drittel der an der Abstimmung beteiligten Fraktionsmitglieder sich für die Beibehaltung des Beschlusses vom 6. November entschied, mag es überraschen, daß die Kritik in der Parteiorganisation, selbst in den traditionell „linken“ Parteibezirken, sehr zurückhaltend ausfiel. Der Wandel der Auffassungen bei den sozialdemokratischen Abgeordneten war jedoch offenbar weitgehend parallel zur Meinungsbildung in der Gesamtpartei verlaufen. Zusammenfassend kennzeichnete die „Leipziger Volkszeitung“ die Stimmungslage wie folgt: „Der Beschluß dürfte in manchen Bezirken der

<sup>73</sup> Gewerkschaftszeitung, 35. Jg., Nr. 44, 31. 10. 1925, S. 633ff., u. Nr. 48, 28. 11. 1925, S. 690f.

<sup>74</sup> Vorwärts Nr. 550, 21. 11. 1925; Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, 3. Aufl., Hamburg 1953, S. 465; Keil, Erinnerungen II, S. 329.

<sup>75</sup> Ungez. Leitart. „Für Locarno und Völkerbund!“, in: Vorwärts Nr. 550, 21. 11. 1925. Vgl. Stürmer, Koalition und Opposition, S. 131, der zu Recht feststellt, daß der angeführte Zusammenhang „an und für sich alles andere als neu war“.

<sup>76</sup> „Wo steht die Partei?“ z. B. in: Vorwärts Nr. 555, 24. 11. 1925; Rheinische Zeitung Nr. 274 u. Leipziger Volkszeitung Nr. 271, jeweils 23. 11. 1925.

Partei Befremden erregen, obwohl nirgends festzustellen ist, daß in den Kreisen der Funktionäre eine übermäßige Begeisterung für Neuwahlen vorhanden ist<sup>77</sup>. Aus der Partei heraus wurde die Entschließung der Fraktion demnach nicht mehr ernsthaft angefochten. Am 27. November stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten geschlossen für die Verträge, die mit 291 zu 174 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen wurden; die von der DNVP im Zusammenhang mit den Locarnoabkommen und der Entscheidung für den Eintritt in den Völkerbund eingebrachten Mißtrauensanträge gegen das Kabinett wurden ebenfalls mit den Stimmen der SPD zurückgewiesen<sup>78</sup>.

Daß die Kooperationsbereitschaft der Reichstagsfraktion in der Außenpolitik keine Aufgabe ihrer Skepsis gegenüber der Großen Koalition bedeutete, ließ die Entwicklung der folgenden Wochen erkennen. Bekanntlich gelang es der DVP in den anschließenden Verhandlungen über die Regierungsbildung, die von der SPD angestrebte Festlegung auf ein fest umrissenes und verbindliches Regierungsprogramm abzuwehren und die daraufhin am 18. Dezember erfolgte Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Große Koalition, die mit 69 gegen 26 Stimmen bei Abwesenheit etlicher dem linken Flügel zuzurechnender Abgeordneter sehr deutlich war<sup>79</sup>, als Beweis für das mangelnde gesamtpolitische Verantwortungsbewußtsein der Sozialdemokratie erscheinen zu lassen<sup>80</sup>. Auch in der zweiten Phase blieben die Protagonisten der Großen Koalition innerhalb der SPD – zumeist Exponenten des rechten Parteiflügels, wenngleich auch Vertreter dieser Richtung sich gegen eine Koalition mit der DVP aussprachen<sup>81</sup> – in der Minderheit.

In den ersten Monaten des Jahres 1926 zeigte sich aber, daß das in Fragen der Außenpolitik entstandene Bündnis zwischen der Sozialdemokratie und den Parteien der bürgerlichen Mitte ungeachtet der formellen parlamentarischen Frontbildung für weitere Jahre eine Konstante der deutschen Politik bilden sollte. Das zweite Kabinett Luther verdankte seine Existenz der Tolerierung durch die SPD-Fraktion, die sogar, wie Stresemann mitteilte<sup>82</sup>, der Regierungserklärung ausdrücklich zugestimmt hätte, wenn von Luther die außenpolitischen Gemeinsamkeiten im Vertrauensantrag mehr betont worden wären. Nach dem Sturz dieses Kabinetts im Mai 1926 versuchte die sozialdemokratische Fraktion, den Außenminister zur Übernahme der Kanzlerschaft zu bewegen<sup>83</sup>.

<sup>77</sup> Leipziger Volkszeitung Nr. 270, 21. 11. 1925.

<sup>78</sup> Schultheß 1925, S. 181.

<sup>79</sup> Löbe an Birnbaum, 18. 12. 1925, ZStA, Sammlung Löbe, Nr. 98, Bl. 67.

<sup>80</sup> Vgl. Stürmer, Koalition und Opposition, S. 134–140; Krohn, Stabilisierung, S. 198 f.; Werner Schneider, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978, S. 78 ff. Zu einseitig: Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, Düsseldorf 1978, S. 75–78.

<sup>81</sup> So etwa Wilhelm Sollmann im Casseler Volksblatt Nr. 6, 8. 1. 1926. Vgl. Blunck, Gedanke der Großen Koalition, S. 141–153; Schulze, Otto Braun, S. 484–487.

<sup>82</sup> Stresemann, Vermächtnis II, S. 386 f.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 392 f.

In einem längeren Aufsatz in der theoretischen Zeitschrift der SPD ließ der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Hermann Müller, im Frühjahr 1926 die Geschehnisse seit der Locarnokrise Revue passieren<sup>84</sup>. Seine Überlegungen zur außenpolitischen Komponente in der Oppositionspolitik seiner Partei mündeten in eine bemerkenswert präzise Voraussage: „Wer kann aber wissen, ob unter dem Druck der steigenden Dawes-Lasten – vielleicht erst nach einer Neuwahl – die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht noch einmal das unabweisbare Gebot der Stunde sein wird?“

### Dokument 1

Aufzeichnung Hermann Pünders, Ministerialdirektor in der Reichskanzlei, betr. eine telefonische Unterredung mit dem Staatssekretär im Preußischen Staatsministerium, Robert Weismann, vom 26. 10. 1925

Mschr. Original

BA Koblenz, R 43 I/429, Bl. 57–58

Handschr. Vermerke: Herr Planck z[ur]. S[ammlung]. K[empner]. 28. 10.

n.b.n. RK 7646

26

Berlin, den 26. Oktober 1925.

1) Durch

Herrn *Staatssekretär*

Herrn *Reichskanzler*

gehorsamst.

Herr Staatssekretär Weismann hat mit mir soeben am Fernsprecher die politische Lage besprochen und hierbei folgendes ausgeführt: Das Preußische Staatsministerium und insbesondere auch der Herr Ministerpräsident Braun stünden fest hinter der Politik der Reichsregierung hinsichtlich der Durchführung des Werkes von Locarno und hätten den dringenden Wunsch, daß Herr Reichskanzler Luther seine bisherige Politik durchhalten möchte. Das Preußische Staatsministerium rate dringend von der Ausschreibung von Neuwahlen zum Reichstage ab, da durch solche Neuwahlen innenpolitisch nichts erreicht, außenpolitisch aber Schaden eintreten würde. Denn unter der Wirkung von deutschnationalen Schlagwörtern und Phrasen würden die Deutschnationalen zweifellos wieder ihre alte Stärke erreichen, während außenpolitisch insbesondere Frankreich vorzeitig gezeigt werde, daß Deutschland innerlich mit dem Ergebnis von Locarno zufrieden sei und daher für Frankreich eine Übereilung in der Frage der Rückwirkungen nicht erforderlich sei. Es frage sich nur, wie die Sozialdemokraten und Demokraten für eine Zustimmung zum Verträge von Locarno ohne Reichstagsauflösung zu gewinnen seien. Zur Erreichung dieses Ziels habe Herr Ministerpräsident Braun am Sonnabend und am gestrigen Sonntag eine ganze Reihe von Besprechungen mit den führenden Herren der Sozialdemokratie und Demokratie gehabt<sup>85</sup>. Der Ministerpräsident habe diesen Herren zugegeben, daß ihr Standpunkt innerlich berechtigt sei und beide Parteien nach Erfahrungen der Vergangen-

<sup>84</sup> Vom deutschen Parlamentarismus, in: Die Gesellschaft 3 (1926), 1. Bd., S. 289–305.

<sup>85</sup> Die Gesprächspartner Brauns ließen sich nicht ermitteln.

heit keine große Neigung verspürten, auf außenpolitischem Gebiet anderen Parteien die Kastanien aus dem Feuer zu holen, ohne damit selbst wieder zur Macht zu gelangen. Er habe aber die Sozialdemokratie und Demokratie mit aller Energie darauf hingewiesen, daß das Wohl des Vaterlandes höher stünde, und er habe die Hoffnung, daß beide Parteien schließlich für seinen Standpunkt zu gewinnen seien.

Voraussetzung für dieses günstige Ergebnis sei aber, daß die freiwerdenden Ministerposten im Reichskabinett nicht etwa interimistisch von den bisherigen Inhabern weiter verwaltet würden. Notwendig vielmehr sei, falls eine Besetzung überhaupt für die ersten Wochen in Frage komme, daß für diese 3 Stellen parteilose Herren, vielleicht fachlich geschulte Beamte, gewählt würden<sup>86</sup>. Ferner müsse den Sozialdemokraten und Demokraten nicht gleich die Aussicht verschlossen werden, nach günstiger Erledigung des Werkes von Locarno im Reichstage an einem Kabinett der großen Koalition beteiligt zu werden. An einen Umfall der Deutschnationalen bis zum 1. Dezember, etwa unter der Einwirkung günstiger Rückwirkungen, glaube er nicht. Er, Weismann, habe am Samstag Abend über diese Fragen eingehend mit dem amerikanischen Botschafter Schurman und dem englischen Botschafter Lord d'Abernon gesprochen. Beide hätten sich ihm gegenüber hinsichtlich der Frage der Rückwirkungen skeptisch geäußert und stark betont, daß Deutschland an sich schon in Locarno sehr große Erfolge davongetragen habe.

Pünder

*Dokument 2*

Brief von Wilhelm Keil, MdR-SPD, an Paul Hertz, MdR-SPD, vom 27. 10. 1925  
Mschr. Durchschrift  
AdsD, NI Keil, II, Nr. 7

*Durch Eilboten*

27. Oktober 25

Herrn  
Dr. Paul Hertz<sup>87</sup>, M.d.R.  
Berlin  
Reichstag.

K/Hr.  
Lieber Freund!

Da ich nicht weiß, ob die in der Presse<sup>88</sup> für Mittwoch 3 Uhr avisierte Sitzung des Fraktionsvorstandes im Reichstag oder im Parteibüro stattfindet und also nicht sicher bin, ob ein an Hermann Müller gerichteter Brief noch rechtzeitig in seine Hände kommt, über-

<sup>86</sup> Das Kabinett beschloß am 28. 10. 1925, die freigewordenen Ämter durch Mitglieder der Regierung kommissarisch zu besetzen. Minuth, Kabinete Luther, Bd. 2, Dok. Nr. 209, S. 808.

<sup>87</sup> Der ehemalige USPD-Redakteur Paul Hertz (1888–1961) war von 1922 bis 1933 Sekretär der Reichstagsfraktion der SPD. Weitere biographische Daten in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin 1970, S. 201f.; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte und von der Research Foundation for Jewish Immigration. Bd. I: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, München [u. a.] 1980, S. 287f.

<sup>88</sup> Vorwärts Nr. 507, 27. 10. 1925.

mittle ich Ihnen diese Zeilen mit der Bitte, dem Fraktionsvorstand davon Kenntnis zu geben. Vielleicht ist es dem Fraktionsvorstand willkommen, schon jetzt die Meinungen, die die Fraktion beherrschen, zu kennen. Ich bin der Ansicht, daß die Fraktion bei der jetzigen Lage die sofortige Einberufung des Reichstags fordern muß. Es ist mit dem parlamentarischen System einfach unvereinbar, daß eine Regierung, aus der die führende Partei ausgebrochen ist, nicht nur ihre „Geschäfte weiterführt“, also den Verwaltungsapparat weiterlaufen läßt, sondern mit dem Ausland Verhandlungen über die weittragendsten politischen Fragen führt. Die Regierung hat, wenn sie nicht zurücktreten will, zum mindesten in ihrer veränderten Gestalt vor den Reichstag zu treten und ihn zu fragen, ob er es billigt, daß sie ihre Politik fortsetzt. Nach der Verfassung bedarf die Regierung des Vertrauens des Reichstags. In diesem Augenblick muß mit größtem Nachdruck darauf bestanden werden, daß die Regierung nicht ohne Vertrauensvotum des Reichstags handelt. Die Deutschnationalen sollen schon jetzt Farbe bekennen, ob sie es billigen, daß die Regierung den beschrittenen Weg weitergeht. Weigern sie sich, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, so ist, da wir selbstverständlich einem Vertrauensvotum nicht zustimmen werden, die Auflösung unvermeidlich. Dahin wird es aber nach meiner festen Überzeugung nicht kommen. Die Deutschnationalen werden, um die Auflösung zu vermeiden, das Rumpfkabinett halten und damit schon jetzt die Maske ablegen, was viel wirksamer sein wird, als wenn sie es *nach* Vollziehung der Kompensationsmaßnahmen der Entente-mächte<sup>89</sup> tun. Als stärkste Fraktion des Reichstags dürfen wir es nicht dulden, daß der Zwielichtzustand, den die Deutschnationalen geschaffen haben, wochenlang weiterbesteht. Käme es durch unser Vorgehen zur Auflösung, so brauchten wir sie sicherlich nicht zu fürchten, denn dann bliebe Luther und Stresemann wohl kaum etwas anderes übrig, als zur „offenen Feldschlacht“ gegen die Deutschnationalen überzugehen. Persönlich habe ich wirklich kein Bedürfnis, früher als bisher anzunehmen war, nach Berlin zu kommen. Aber die politische Situation scheint mir gebieterisch die hier empfohlene Taktik vorzuschlagen. [...]

Ihr

### Dokument 3

Beschluß des Vorstands der Reichstagsfraktion der SPD vom 28. 10. 1925

nach: Vorwärts Nr. 511, 29. 10. 1925 (Morgenausgabe)

und

Parlamentarische Blätter. Hrsg. von der Reichstagsfraktion der SPD, 2. Jg. (1925), Nr. 9/12 (Dezember)

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Mittwoch zur Prüfung der politischen Lage zusammen. Der Vorstand war *eimmütig* der Auffassung, daß sich durch den Austritt der deutschnationalen Minister an der scharfen *Oppositionsstellung* der Sozialdemokratie gegen die Regierung Luther nichts geändert hat. Der Austritt der Deutschnationalen beweist nur, daß es *unmöglich* ist, mit dieser Partei eine den deutschen Interessen entsprechende auswärtige Politik zu führen.

Die Sozialdemokratie kann nicht daran denken, die Deutschnationalen aus der Verant-

<sup>89</sup> Gemeint sind die „Rückwirkungen“.

wortung zu entlassen und *in diesem Reichstag* den Vertrag von Locarno, in dem sie den großen Erfolg ihrer eigenen außenpolitischen Richtlinien erblickt, gegen die deutschnationalen Stimmen zu ratifizieren. Sie sieht den geeigneten Weg zur Lösung der Krise in der *Befragung des Volkes* vermittels der *Auflösung des Reichstags*.

Der Fraktionsvorstand hat die Reichstagsfraktion zum Freitag, den 6. November, einberufen, um zur Situation, insbesondere zur Frage des *Zusammentritts des Reichstags*, Stellung zu nehmen.

#### Dokument 4

Brief von Paul Hertz an Wilhelm Keil vom 30. 10. 1925

Mschr. Original

AdsD, NI Keil, II, Nr. 7

Reichstag  
Abgeordneter

Berlin NW 7, den 30. Oktober 1925  
Fernsprecher: Zentrum 9592-9600

Lieber Keil,

Ihr Brief ist im Fraktionsvorstand verlesen worden. Ursprünglich hatte Hermann Müller die Absicht, ihn zu beantworten. Er ist aber gestern und heute nicht hier gewesen, fährt heute abend nach Heidelberg und kam infolgedessen nicht dazu.

Deshalb will ich Ihnen kurz die Stellungnahme des Vorstandes mitteilen. Aus dem veröffentlichten Beschluß haben Sie ja bereits ersehen, daß die Erklärung Breitscheids<sup>90</sup> durchaus gebilligt und stark unterstrichen wurde. Einmütig war der Vorstand der Auffassung, daß wir den Deutschnationalen die Situation in keiner Weise erleichtern dürfen und daß wir sie zwingen müssen zu wählen zwischen Umfall oder Auflösung. Wir können diese Stellung umso eher einnehmen, als bei der starken Verpflichtung von Luther und Stresemann, am 1. Dezember in London zu unterschreiben, kaum ein Zweifel besteht, daß sie es auf ein ablehnendes Votum des Reichstages nicht ankommen lassen. Die vielleicht sonst eintretende Situation: Nein im Reichstag und Ja in der Wahlbewegung, die für uns nicht ganz angenehm wäre, wird also aller Wahrscheinlichkeit nach vermieden.

Bei dieser positiven Stellungnahme gelangte die Mehrheit des Fraktionsvorstandes zu der Auffassung, daß die Frage der Reichstagszusammenberufung nur mindere Bedeutung habe. Ihre Argumente wurden zwar für sehr stark erklärt, aber eine positive Stellungnahme dennoch vermieden, 1. weil keine einheitliche Auffassung über die Einberufung besteht und der Entscheidung der Fraktion nicht vorgegriffen werden soll, 2. weil man nicht den Vorwurf auf sich laden will, die Rückwirkungen irgendwie zu stören. Daß die Fraktion erst am 6. November einberufen wurde, ist aus der Erwägung hervorgegangen, eine vollständige Beteiligung der Fraktionsmitglieder sei gerade in diesem Fall absolutes Erfordernis.

[...]

Mit besten Grüßen  
auch von Else Lehmann<sup>91</sup>  
Hertz

<sup>90</sup> Eine öffentliche Erklärung Breitscheids vor dem Fraktionsvorstandsbeschluß ließ sich nicht feststellen. Vgl. dazu Anm. 58.

<sup>91</sup> Stenotypistin, Angestellte der Reichstagsfraktion. Vgl. Handbuch des Vereins Arbeiterpresse. Hrsg. v. Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, 4. Folge 1927, Berlin o. J. [1927], S. 177.

## Dokument 5

Denkschrift des deutschen Botschafters in Riga, Adolf Köster,  
undatiert und ungezeichnet  
Mschr. Durchschrift<sup>92</sup>  
AdsD, Nl Köster, I, 2

Die Hoffnung, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion oder ein Teil von ihr doch noch den Locarno-Vertrag annimmt, ist sehr schwach. Es besteht die Gefahr, daß mit unseren Stimmen ein Vertrag Geltung erlangt auf dessen Form, Inhalt und Zustandekommen wir direkt keinen Einfluß gehabt haben. Daß wir, falls die Deutschnationalen bei ihrem Nein bleiben, weder *dieser* Regierung noch *diesem* Reichstag den Locarno-Vertrag votieren, scheint nach dem Beschluß des Parteivorstandes<sup>93</sup> erwartet werden zu dürfen. Aber auch dann ist die Annahme des Locarno-Vertrages m. E. eine ungeheuer ernste Angelegenheit, bei der folgende Gesichtspunkte nicht außer Acht gelassen werden sollten.

- 1.) Die taktisch *ungeschickte* Art und Weise, mit welcher das Februarangebot formuliert wurde, ist mit Recht von uns scharf kritisiert worden. Wir haben die Pflicht, immer wieder zu betonen, daß wir für die zum Teil geradezu leichtfertige, weil bedingungslose Art und Weise, mit der hier schwerste deutsche Opfer angeboten wurden, *nicht die geringste Verantwortung übernehmen können*.
- 2.) Ebenso ist die *Verhandlungsmethode* vom Februar bis zum Oktober nicht nur in Bezug auf Art. 16 so gewesen, daß wir allen Grund haben, auch hierfür die Verantwortung Herrn Luther und denjenigen zu überlassen, auf die er fortwährend Rücksicht nehmen zu müssen glaubt.
- 3.) Die freiwilligen Konzessionen, die Deutschland in diesem Verträge macht, sind (Elsaß-Lothringen usw.) so gewaltig, daß, wie der „Vorwärts“ einmal richtig gesagt hat<sup>94</sup>, eine Linksregierung sie wahrscheinlich niemals gemacht hätte. Wir müssen immer wieder betonen, daß unserer Meinung nach eine konsequente demokratische Innen- und Außenpolitik vom Oktober 1923 bis zum Oktober 1925 mehr erreicht hätte, als die Regierung des Herrn Luther uns heute vorlegt.
- 4.) Die Gegengaben der ehemaligen Alliierten, besonders in den sogenannten Nebenfragen, sind objektiv betrachtet so gering, daß wir auch unter diesem Gesichtspunkt m. E. nicht den geringsten Anlaß haben, uns zur Annahme des Vertrages zu drängen.
- 5.) Auch namhafte Juristen, die den Linksparteien nahestehen, wie z. B. Herbert Kraus – Königsberg<sup>95</sup>, sind der Meinung, daß die juristischen Formeln des Vertrages, wie er jetzt vorliegt, in vielen Beziehungen zweideutig und demgemäß die Erfolge des Herrn Gaus<sup>96</sup> kleiner sind, als die Regierung es wahr haben will.

<sup>92</sup> Eine Durchschrift des Begleitschreibens ist im Nachlaß nicht auffindbar. Unter Berücksichtigung der Übermittlungsfristen kommt als frühestes Datum für die Abfassung der 29. 10., als terminus ante quem der 10. 11. 1925 in Frage. Die Identifizierung des Autors der Denkschrift ist durch das Antwortschreiben Breitscheids (Dokument 6) gegeben.

<sup>93</sup> Gemeint ist die Entschließung des Fraktionsvorstandes (Dokument 2).

<sup>94</sup> Vgl. z. B. Vorwärts Nr. 307, 2. 7. 1925.

<sup>95</sup> Herbert Kraus (1884–1965), seit 1920 Professor für Öffentliches Recht und Völkerrecht in Königsberg, 1928 Professor in Göttingen.

<sup>96</sup> Dr. Friedrich Gaus, 1925 Ministerialdirektor, 1923–1943 Leiter der Rechtsabteilung im AA.

- 6.) Wir müssen uns klar sein, daß die Parteien, die diesen Vertrag übernehmen, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit einer ungeheuren chauvinistischen Hetze gegen sich zu rechnen haben, die die Deutschnationalen desto williger betreiben resp. unterstützen werden, je böser ihr eigenes Gewissen ist.
- 7.) Ich halte es für durchaus möglich, daß das Kabinett Luther unter besonderer Mitwirkung des augenblicklichen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt England (nicht Frankreich) gewisse Zusagen über unser künftiges Verhalten zu Rußland gemacht hat, die unsere Politik in ein Fahrwasser bringen könnten, das ich für außenpolitisch recht bedenklich halten würde. Gerade *wir* müssen bei Ratifizierung des Vertrages (nicht nur aus außenpolitischen Gründen, sondern auch mit Rücksicht auf die deutsche Kommunistische Partei) betonen, daß dieser Vertrag keine Spitze gegen Rußland hat, sondern daß wir unsere Aufgabe darin sehen, Rußland den Eintritt in das Genfer und Locarnoer Friedenswerk zu ermöglichen resp. zu erleichtern. Zu diesem Zweck muß freilich die Idee einer Ausnutzung und eines Auspielens von Rußland gegen Frankreich endgültig aufgegeben werden. Daß Rußland und Frankreich, sobald letzteres durch den ratifizierten Locarno-Vertrag eine Reihe von Sorgen losgeworden ist, an eine Bereinigung ihrer Differenzen gehen werden, scheint mir ebenso fest zu stehen, wie die Tatsache, daß die augenblickliche Stellung Rußlands zum Völkerbund durchaus keine endgültige ist.

Selbstverständlich werden wir trotz aller dieser und anderer Bedenken, sobald die Neuwahlen, woran nicht zu zweifeln ist, eine Mehrheit für Locarno ergeben sollten, den Vertrag ratifizieren müssen. *Wir haben aber allen Anlaß, vor der Geschichte die Verantwortung für diesen Vertrag der Regierung Luther und den Deutschnationalen zuzuschreiben, auch dann, wenn letztere sich nicht bis zum 1. Dezember besinnen.* Darum würde ich es für den besten Ausweg halten, wenn es gelänge, die Dinge so zu treiben, daß *Luther am 1. Dezember ohne Reichstagszustimmung definitiv unterschreibt.* Wir haben dann in einem neuen Reichstag lediglich zu entscheiden, ob wir einen unterschriebenen Vertrag desavouieren oder ratifizieren wollen. Ob dieser Ausweg heute noch möglich ist und was eventuell taktisch innerpolitisch gegen ihn spricht, kann ich von hier aus natürlich schwer beurteilen.

Sobald aber der neue Reichstag und eine neue Regierung, in der wir vertreten sind, konstituiert sind, müssen sofort neue Verhandlungen, besonders mit Frankreich, beginnen. *Wir können m. E. den Vertrag nicht ratifizieren, ohne in den sogenannten Nebenfragen mehr herausgeschlagen zu haben, als die Regierung Luther erreicht hat.* Besonders Frankreich muß verstehen, daß ohne solche sichtbaren Konzessionen gerade eine Linksregierung diesen Vertrag mit seinen schweren Opfern nicht akzeptieren kann. Auf die Gefahr hin, daß der Vertrag einige Monate später ratifiziert wird, müssen wir solche Verhandlungen zu erreichen suchen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß wir vor keinem Ultimatum stehen, sondern vor einem Verträge, den Deutschland freiwillig angeboten hat. Baldwin<sup>97</sup> hat nach seiner Neuwahl dem von MacDonald bereits unterzeichneten Genfer Protokoll rücksichtslos einen Fußtritt versetzt<sup>98</sup>.

MacDonald würde, wenn er heute zufällig zur Macht gelangte, sicherlich den Pakt und

<sup>97</sup> Stanley Baldwin (1867–1947), seit 1923 Führer der englischen Konservativen, 1924–1929 Premierminister.

<sup>98</sup> Vgl. dazu Graml, *Europa zwischen den Kriegen*, S. 229–232.

den Locarno-Vertrag, so wie er ist, nicht unterzeichnen. Wir brauchen so weit nicht zu gehen. Wir wollen ratifizieren. Aber auch die Demokratien des Westens werden verstehen müssen, daß wir für das Opfer, das wir mit der Ratifizierung dieses von anderen inaugurierten Vertragswerkes bringen, sichtbare Konzessionen brauchen – gerade mit Rücksicht auf die Stabilisierung einer wirklichen demokratischen Friedenspolitik der Deutschen Republik.

### Dokument 6

Brief von Rudolf Breitscheid an Adolf Köster vom 13. 11. 1925

Mschr. Original

AdsD, NI Köster, IV

Berlin W. 15 Fasanenstr. 58  
den 13. November 1925

Lieber Köster!

Ich danke Ihnen bestens für die Übersendung Ihrer Denkschrift, auf die ich im folgenden einiges erwidern möchte, zumal da gewisse Voraussetzungen, von denen Sie ausgehen, heute nicht mehr ganz zutreffen.

Fraktionsvorstand und Fraktion haben sich allerdings auf den Standpunkt gestellt, man könne dem Vertrag nicht zustimmen – wenigstens nicht in diesem Reichstag –, wenn die Deutschnationalen nein sagten. Aber die Fraktion ist doch eigentlich nur widerwillig dem Vorstand auf seinem Wege gefolgt, und es wurden eine Reihe von Stimmen laut, die die Feststellung bedauerten. Wie die Dinge liegen, glaube ich nicht mehr, daß man, wenn nicht ganz besondere Umstände eintreten, die Partei für eine Politik gewinnen kann, die die Auflösung des Reichstags zur Folge hat. Sie ist wahlmüde, weist auf die Schwierigkeiten hin, die daraus erwachsen müßten, daß wir im Parlament ablehnten und dann einen Wahlkampf für Locarno führten, macht auf die Gefahr einer Stärkung der Kommunisten bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage aufmerksam, fürchtet, daß die Deutschnationalen nicht allzu viel verlieren würden und daß zuletzt die Regierungsbildung im neuen Reichstag für uns keineswegs günstiger verlaufen würde als im gegenwärtigen.

Ich bin der Meinung, daß eine Auflösung schon aus außenpolitischen Gründen wünschenswert wäre. Durch den Austritt der Deutschnationalen sind die Verträge in gewissem Sinne entwertet, und das Manko kann nur durch ein Votum des Volkes ausgeglichen werden. Innerpolitisch nähme eine Neuwahl den Deutschnationalen die Möglichkeit, zu behaupten, ihre Ablehnung werde von einer Mehrheit im Volke gebilligt, und das erneute Nein nach der Neuwahl würde es außerdem schwieriger machen, die Partei nach kurzer Zeit wieder in die Regierung aufzunehmen.

Doch wie gesagt, glaube ich nicht mehr an den Willen der sozialdemokratischen Partei zu einem Beschluß in dieser Richtung. Wie es heißt, beabsichtigt nun Luther unmittelbar nach Bekanntwerden der Rückwirkungen, an die Rekonstruktion seines Kabinetts heranzugehen, und zwar soll er sich mit der Absicht tragen, die Wirtschaft dem Zentrum, die Finanzen den Demokraten und das Innere der Volkspartei anzubieten. Ich sehe nicht recht, wie wir dieser Kombination Widerstand leisten können. Wir werden ihr Locarno bewilligen müssen, auch wenn wir im übrigen in unserer oppositionellen Einstellung gegenüber dem Kabinett Luther verharren.

Eine Alternative wäre die große Koalition. Aber sie ist nach meiner Überzeugung unmög-

lich. Erstens will die Volkspartei sie nicht, dann aber dürfen wir sie selbst nicht wollen, weil der größte Teil unserer Anhänger es nicht verstehen würde, wie wir nach den Erfahrungen dieses Sommers mit der Partei des Herrn Scholz<sup>99</sup> zusammengehen können. Die Kommunisten würden gerade mit Hilfe ihrer neuen Einstellung große Vorteile aus einem derartigen „Verrat“ ziehen. Davon abgesehen muß uns die Erinnerung von 1923 schrecken. Es würde nicht lange dauern, bis die Volkspartei den Wunsch äußerte, die Deutschnationalen wieder aufzunehmen. Dagegen könne man sich, so wird gesagt, durch die Verpflichtung der bürgerlichen Parteien sichern, nicht wieder mit den Deutschnationalen zusammenzugehen. Eine solche Bindung aber ist praktisch nur für die Dauer des gegenwärtigen Reichstags möglich. Die Volkspartei würde es also in der Hand haben, in einem ihr genehmen und uns sehr unbequemen Augenblick die Auflösung herbeizuführen, und wir ständen dann vor den Wählern beladen mit dem Odium, zum zweiten Mal mit der großen Koalition Fiasko gemacht zu haben.

Bleibe noch die Regierung der Mitte mit unserer wohlwollenden Neutralität. Eine solche Politik der Neutralität ist immer gefährlich. Sie bringt Belastungen ohne eigentliche Rechte. Außerdem ist nicht zu erkennen – das gilt für dieses System wie für das der großen Koalition – welche wichtigen Probleme wir zusammen mit den Parteien der Mitte lösen könnten. Und auch hier bestände immer wieder die Gefahr, daß, wenn man uns nicht mehr brauchte oder nicht mehr wollte, den Deutschnationalen die Tür zum Kabinett so oder so wieder geöffnet würde.

Also ich sehe einstweilen nichts anderes als die Zustimmung zu Locarno und dann weiteres Verbleiben in der Opposition.

Was nun Ihre Kritik an dem Vertragswerk anlangt, so bin ich mit manchem, was Sie sagen, einverstanden, komme aber doch zu einer viel positiveren Stellungnahme. Wir sind einer Meinung darüber, daß die ganze Sache nicht gut eingeleitet worden ist. Man durfte im Februar nicht gleich alle Trümpfe aus der Hand geben, sondern hätte schon damals gewisse Voraussetzungen bezüglich der sogenannten Rückwirkungen aufstellen müssen. Wir haben diesen Fehler ja auch bei verschiedenen Gelegenheiten beanstandet, aber wir haben doch schließlich zu jedem Schritt, der getan wurde, unsere grundsätzliche Zustimmung gegeben, und nach meiner Meinung haben wir allen Anlaß, mit dem zuletzt Erreichten zufrieden zu sein.

Ich halte es für falsch, jetzt zu viel von den angeblichen Opfern Deutschlands zu sprechen. Was opfern wir denn? Elsaß-Lothringen ist politisch für uns verloren. Dieser Vertrag ermöglicht es leichter als bisher, deutsche kulturelle Einflüsse im Elsaß geltend zu machen. Bedenklicher als der Verzicht auf Elsaß-Lothringen erscheint mir der auf Eupen-Malmedy, das ja nur durch eine gefälschte Volksabstimmung verloren gegangen ist<sup>100</sup>. Hier bleibt nichts anderes als unter Benutzung von Art. 19 des Völkerbundsstatuts<sup>101</sup> auf eine Revision hinzuarbeiten genau wie im Osten.

<sup>99</sup> Ernst Scholz (1874–1932), 1920–21 Reichswirtschaftsminister, 1921–32 MdR-DVP, seit 1924 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DVP, 1929 Nachfolger Stresemanns als Parteivorsitzender.

<sup>100</sup> Breitscheid folgt hier der einseitigen Auffassung der Volksbefragung in den Kreisen Eupen und Malmedy, wie sie in der Weimarer Zeit vorherrschte. Vgl. Heinz Doeppen, Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahr 1920, Bonn 1966.

<sup>101</sup> Artikel 19 der Satzung des Völkerbundes berechtigte die Bundesversammlung, allerdings auf Grund von Artikel 5 nur durch einstimmigen Beschluß, u. a. zur Revision von Verträgen, „deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte“.

Mir scheint im Gegensatz zu Ihnen, daß die Rückwirkungen doch ganz beträchtlich sein werden. Und das fällt umso mehr ins Gewicht, als wir eben im Februarmemorandum gar nichts gefordert haben. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß wir den Locarno-Verträgen prinzipiell zustimmen müßten, auch wenn uns die Rückwirkungen in diesem Augenblick noch nicht verbrieft würden. Sie ergeben sich aus dem Geist der Verträge von selbst, und wir haben, wenn die Pakte erst unterschrieben sind, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, immer wieder viel mehr zu fordern, als uns jetzt gewährt wird und vor allem auf den Widersinn der Aufrechterhaltung einer fremden Besatzung im Westen hinzuweisen. Die Verträge als solche bedeuten ganz abgesehen von der Abwendung der Gefahr neuer Invasionen einen ungeheuren Wendepunkt in der Geschichte Europas, und ich meine, daß wir allen Anlaß haben, das hervorzuheben und sie als einen Schritt auf dem Wege zur europäischen Zollunion und zu den Vereinigten Staaten von Europa zu bezeichnen. Wir müssen dieses Programm unsererseits aufstellen damit es uns die Rechtsparteien, die in dieser Beziehung schon heute geneigt sind, sehr weit zu gehen, nicht aus der Hand nehmen. Was unser Verhältnis zu Rußland betrifft, bin ich ganz Ihrer Ansicht. Ich glaube nicht, daß auch nur die leisesten Verabredungen mit England vorliegen. Aber wir sollten betonen, daß wir uns an keiner Koalition beteiligen, die den territorialen Bestand Sowjetrußlands oder seine Regierungsform ändern will. Wir müssen des weiteren im Völkerbund Rußland den Weg zu dieser Organisation freimachen.

Alles in allem, diese grundsätzliche Einstellung zu dem Vertragswerk erschwert natürlich eine Taktik, bei der erst nein und dann ja gesagt werden muß. Trotzdem würde ich sie für richtig halten, wenn nur nicht die Gefahr bestände, daß die Mehrheit der Partei sich ihr nur widerwillig anschließt, und wenn man nicht befürchten müßte, daß bei dem unpolitischen Charakter des deutschen Volkes unser Vorgehen in weiten Kreisen nicht das nötige Verständnis finden würde.

Mit besten Grüßen  
Ihr  
Rud[olf]. Breitscheid

Dokument 7

Brief von Paul Löbe an Immanuel Birnbaum vom 15. 11. 1925

Mschr. Original

ZStA, Sammlung Löbe, Nr. 98, Bl. 62

Reichstag

Fernsprecher: Zentrum 9592–9600

Berlin NW 7, den 15. November 1925

Herrn

Redakteur *Birnbaum*<sup>102</sup>

Breslau 2

Flurstr. 4

Werter Genosse Birnbaum!

Den gewünschten Artikel kann ich Ihnen noch immer nicht senden, weil die Stellung der Fraktion noch nicht endgültig festgelegt ist. Ich möchte Ihnen deshalb nur einige Gesichtspunkte zu Ihrer eigenen Information geben.

Die Fraktion wird von dem Standpunkt, daß sie zusammen mit der Deutschen Volkspartei ein Kabinett nicht bilden kann, nicht abgehen aus Gründen, die ich nicht zu erörtern brauche. Innerhalb von einer Woche eine solche Frontänderung vorzunehmen, ist unmöglich.

Es auf Reichstagswahlen hinzutreiben, dazu besteht eine große Abneigung:

- 1.) Würde diese Wahl die parlamentarische Konstellation nicht erheblich verändern; wir ständen nachher auf demselben Punkt und vor denselben Fragen.
- 2.) Aller Wahrscheinlichkeit nach würde die Zwischenzeit eine sehr ungünstige Entwicklung der Mark zur Folge haben und die Position des deutschen Volkes, wie die der Partei, nur schlechter sein.
- 3.) Organisation und Presse der Partei sind finanziell äußerst geschwächt. Vielerorts lebt man von dem Verkauf der alten unabhängigen Druckereien, weil Einnahmen und Ausgaben auch bei uns sich das Gleichgewicht nicht halten<sup>103</sup>.
- 4.) Schließlich würde der Kampf gegen einen geeinten Block aller Bürgerlichen rechts und

<sup>102</sup> Der sozialdemokratische Publizist Immanuel Birnbaum war 1920 als Nachfolger Löbes Chefredakteur der SPD-Tageszeitung „Volkswacht für Schlesien“ in Breslau geworden und redigierte das Blatt bis 1927. Vgl. I. Birnbaum, Achtzig Jahre dabeigewesen. Erinnerungen eines Journalisten, München 1974, S. 92–103. Biographische Daten jetzt am ausführlichsten in: Biographisches Handbuch Emigration, Bd. I, S. 65 f.

<sup>103</sup> Die wirtschaftliche Lage mancher Bezirksorganisationen war 1925 prekär geworden, da bei rückläufigen Mitgliederzahlen die seit 1924, dem ersten Jahr der Stabilisierung, teilweise in beträchtlicher Höhe aufgenommenen Kredite für technische Neuerungen nur unter Schwierigkeiten zurückgezahlt werden konnten. Vgl. den Bericht des Geschäftsführers der „Konzentration AG“, Adolf Rupprecht, in: Protokoll der Geschäftsführerkonferenz am Sonntag, den 8. November 1925 in Würzburg. Berichte von der Konzentration AG, Berlin o. J., S. 3–7, u. Parteitag Heidelberg 1925, S. 110 f., 147. Die viel schwerwiegenderen Finanznöte der Inflationszeit hatte die Parteipresse jedoch bereits im Laufe des Jahres 1924 überwunden. Vgl. Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S. 155 f., 165, 170 ff.

der Kommunisten links noch ungünstiger sein, als seinerzeit der Kampf gegen den Bülowblock.

Aus allen diesen Gründen sucht man den von Ihnen vorgeschlagenen Weg zu vermeiden. Was nun die sozialdemokratische Regierung anlangt, so würde dieselbe voraussichtlich weder eine Mehrheit im Parlament fürs Vertrauensvotum erhalten, noch im Auslande soviel Kredit haben, daß wir die Lage der Arbeiterklasse erheblich verbessern könnten. Nach einem Monat oder zweien könnte mit einer scharfen Opposition im ganzen Lande gerechnet werden.

Wie ich die Dinge im Augenblick ansehe, scheint die Entwicklung auf eine Regierung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft hinauszulaufen, die vielleicht für ihre Note nach Frankreich zunächst unsere Billigung findet, mit der wir aber dann bald in scharfem Kampfe [sic] kommen, so daß eine neue Umbildung notwendig wird, bei der vielleicht die Meinung so umgeschlagen ist, als [sic] nach dem Austritt unserer Leute aus der Regierung in Preußen<sup>104</sup>. Wir werden dann ein Schmerzensgeld gezahlt haben, aber die Parteigenossenschaft selbst wird möglicherweise den Wiedereintritt verlangen.

So sieht sich heute Sonntag vormittag die Lage an. Ich werde versuchen, Sie weiter auf dem Laufenden zu erhalten [sic] und Ihnen den gewünschten Artikel senden, sobald eine feste Entscheidung vorliegt.

Mit freundlichem Gruß<sup>105</sup>  
an alle Kollegen  
Paul Löbe

#### Dokument 8

Brief von Paul Löbe an Immanuel Birnbaum vom 19. 11. 1925

Mshr. Original

ZStA, Sammlung Löbe, Nr. 98, Bl. 64

(Reichsadler)

Der Präsident des Reichstags

Berlin NW 7, den 19. November 1925

Fernsprecher: Zentrum 9592-9600

Herrn

Redakteur *Birnbaum*

Breslau 2

Flurstr. 4

Lieber Birnbaum!

Aus dem Leitartikel der letzten „Volkswacht“<sup>106</sup> entnahm ich zu meiner Überraschung, daß Sie noch immer den Weg der Reichstagsauflösung anlässlich des Locarnopaktes für

<sup>104</sup> Bezieht sich auf die durch den Austritt der DVP-Minister aus der Großen Koalition in Preußen ausgelöste und sich über drei Monate hinziehende Regierungskrise, die nach der Demission des zweiten Kabinetts Braun und dem Zwischenspiel einer Präsidentschaft Wilhelm Marx' in das „dauerhafte Provisorium“ des dritten Kabinetts Braun auf der Basis der Weimarer Koalition überführt wurde. Vgl. Schulze, Otto Braun, S. 464-477.

<sup>105</sup> Das Folgende handschriftlich.

<sup>106</sup> Ein in der Volkswacht Nr. 269, 17. 11. 1925, mit „-m“ gez. Artikel „Für Reichstags-Neuwahl!“ empfahl Neuwahlen als „Voraussetzung für eine wirklich breite Mehrheit zugunsten von Locarno“ und als einen „Anfang für eine Wendung der deutschen Politik“.

nützlich halten. Darf ich Ihnen zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme mitteilen, warum ich diesmal auf dem entgegengesetzten Standpunkt stehe:

Ich halte es für *unmöglich*, daß unsere Fraktion den Beitritt zum Völkerbund und den Pakt von Locarno unter irgendeiner Motivierung *ablehnt* und damit ihrer eigenen bisherigen Politik ins Gesicht schlägt. Ich habe noch vor einem Jahr einen offenen Brief an Stresemann gerichtet des Inhalts: Haben Sie endlich Mut und treten Sie dem Völkerbunde bei!<sup>107</sup> Und jetzt soll ich demselben Minister den vollzogenen Schritt ablehnen – ganz unmöglich! Dann soll ich womöglich einen Wahlkampf *für* das Gesetz führen, das ich *abgelehnt* habe unter dem Hohngelächter der Rechtsparteien, die es ebenfalls abgelehnt haben – wieder eine unmögliche Situation!

Eure Begründung lautet: Der Lutherregierung darf dieses Gesetz nicht bewilligt werden. Ja, wohin soll das führen, wenn die Lutherregierung einen sonst passablen Handelsvertrag einbringt? Oder einem Washingtoner Abkommen<sup>108</sup> beitrifft, das ganz in unserer Richtung liegt und das wir immer gefordert haben? So müßte ich nach dieser Argumentation womöglich den Achtstundentag ablehnen, weil ich ihn einer feindlichen Regierung nicht bewilligen kann. Auch diese Beweisführung scheint mir also sehr brüchig zu sein.

Die Hoffnung derer, welche für die Reichstagsauflösung eintreten, ist eine völlige Umgestaltung der Mehrheitsverhältnisse. Aber welche Anhaltspunkte haben wir dafür? Die Deutschnationalen haben sich bei den bisherigen Wahlen meist halten können. Wer kann sagen, ob ihre Verluste so bedeutend sind, daß eine Weimarer Koalitionsregierung möglich wäre? Den Hauptverlust würde wahrscheinlich die Deutsche Volkspartei tragen; die Flügelparteien würden bleiben, links vielleicht sogar stärker werden. Dann sitzen wir vor demselben innenpolitischen Dilemma und außenpolitisch haben wir ein Werk zerschlagen oder durch Verschiebung seiner Wirkung beraubt, und zwar in einer Weise, die alle Nationen Europas, mit Ausnahme Rußlands, inclusive ihrer Arbeiterparteien über uns herfallen läßt<sup>109</sup>. Oder wollen Sie die große Koalition? Ich nicht!

Je mehr ich über die Konsequenzen eines solchen Schrittes nachdenke, umso unmöglicher erscheinen sie mir, wenn ich auch zugebe, daß die vorschnelle innerpolitische Einstellung uns heute eine Schwenkung sehr schwierig macht, vor allem, weil man vor der Abstimmung unsere Gründe in der Presse nicht entwickeln kann.

Ich sende sie Ihnen nur für die eigene Erwägung zu und grüße Sie bestens

Paul Löbe

<sup>107</sup> Zum Zusammenhang vgl. Jürgen Spenz, Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund 1924–1926, Göttingen 1966, S. 27f.

<sup>108</sup> Die SPD verlangte seit Jahren die Ratifikation des auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington am 22. 11. 1919 geschlossenen Abkommens über den Achtstundentag bzw. die Acht- undvierzigstundenwoche.

<sup>109</sup> Das Folgende bis zum nächsten Absatz handschriftlich eingefügt.

## Dokument 9

Brief von Paul Löbe an Immanuel Birnbaum vom 23. 11. 1925

Mschr. Original

ZStA, Sammlung Löbe, Nr. 98, Bl. 66

(Reichsadler)

Der Präsident des Reichstags

Berlin NW 7, den 23. November 1925

Fernsprecher: Zentrum 9592-9600

Lieber Birnbaum,

Ihr zweiter Brief hat mir wieder gezeigt, wie Sie gewohnt sind, die Dinge sehr tief anzusehen, aber auch, wie Sie dazu neigen, manchmal über die Tatsachen hinaus weitreichende Kombinationen aufzustellen. Ich weiß zum Beispiel nicht, woher Sie die Annahme haben, Vandervelde<sup>110</sup> und Viktor Schiff<sup>111</sup> seien der Meinung, sie hätten das Werk von Locarno geboren. Aber ich teile auch nicht Ihre pessimistische Meinung über die zukünftige Gruppierung der europäischen Länder. Gewiß wird es koloniale Differenzen geben, aber alle werden sich bemühen, sie nicht zu einer europäischen Katastrophe auswachsen zu lassen und wenn schon, haben wir alle Ursache, uns, soweit es Menschenkraft vermag, aus solchen Differenzen herauszuhalten. Ich glaube an die Vereinigten Staaten von Europa, weil ich sonst einen rettungslosen Fall unseres Erdteils in den Zustand von Spanien oder Griechenland befürchte und tue jedenfalls alles, was diesen Rückschlag noch einige Jahrhunderte hinausschiebt.

Daß ich kein begeisterter Anhänger der Regierungsbeteiligung bin, wissen Sie. Ich habe am oftsten [sic] dagegen gesprochen, wenn andere dazu geneigt waren und würde mich auch heute nur dazu verstehen, wenn die Mehrheit der Genossen es für nützlicher hält, als die Stützung einer unentschiedenen Mitte.

Über den Wahlausfall bin ich nach allem was wir in den letzten Monaten erlaubt [muß heißen: erlebt] haben, nicht so optimistisch als [sic] Sie. Gewiß, wir hätten ein paar Mandate gewinnen können, aber sie genügten kaum zu Weimarer Koalition, und sie genügten bestimmt nicht, um unseren 140 Mann ein erfolgreiches Gegengewicht gegen 200 bürgerliche Abgeordnete zu verschaffen. Aus allen diesen Gründen konnte mich eine so unsichere Zukunftshoffnung nicht entschädigen<sup>112</sup> für den Verlust einer weltpolitischen wichtigen Konstellation in Europa.

Wollen Sie bitte diese meine Argumente zur Kenntnis nehmen und ebenso einen Brief, den ich an Genossen Mache<sup>113</sup> auf seine bittere Beschwerde geschickt habe.

In der Hoffnung, daß es gelingt, wieder eine feste Front in unserer Organisation herzustellen, grüße ich Sie bestens<sup>114</sup>

Mit freundlichen Grüßen

Paul Löbe

<sup>110</sup> Emile Vandervelde (1866–1938), Rechtsanwalt, später Professor in Brüssel, Führer der belgischen Sozialisten, unterzeichnete als belgischer Außenminister (1925–27) auch die Locarnoverträge.

<sup>111</sup> Viktor Schiff (1895–1953), von 1920 bis 1933 außenpolitischer Redakteur des Vorwärts. Biographische Daten in: Biographisches Handbuch Emigration, Bd. 1, S. 645 f.

<sup>112</sup> Handschriftlich korrigiert aus: „enttäuschen“. <sup>113</sup> Mache.

<sup>114</sup> Das Folgende handschriftlich.